

Bezugspreis:

Wöchentlich 60 Goldpfennig voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- u. Rheingebiet, Österreich, Litauen, Luxemburg wöchentlich 1,20 Goldmark, für das übrige Ausland 1,45 Goldmark pro Woche. Kreuzband erdungen nur gegen wertbeständige Zahlung. Holzbezugspreis für Februar 4.— Goldmark.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Welt und Zeit“ mit „Bildung und Kleingarten“, sowie der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und der Frauenbeilage „Frauenwelt“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Freitags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Kerniprecher: Redaktion: Dönhofs 292-293
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Donnerstag, den 21. Februar 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Postkontos: Berlin 375 36 — Bankkontos: Direktion der Postkontos-Gesellschaft, Postkontofuß Lindenstraße 3

Anzeigenpreise:

Die einseitige Raupostbeilage 0,70 Goldmark, Restanteile 0,50 Goldmark. „Kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 0,20 Goldmark (außer für zwei festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 0,10 Goldmark. Stellenanzeigen das erste Wort 0,10 Goldmark, jedes weitere Wort 0,05 Goldmark. Worte über 15 Buchstaben ablesen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten 0,30 Goldmark. Eine Goldmark — ein Dollar gestellt durch 4,20.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 6 Uhr nachm.

Forderungen der Sozialdemokratie.

Anträge und Interpellationen der Reichstagsfraktion.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat am Mittwoch ihre Beratungen über die auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassenen Verordnungen fortgesetzt. Sämtliche Sachausschüsse der Fraktion legten ihre Änderungs- und Aufhebungsanträge zu den Verordnungen vor. Die Fraktion brachte noch am Mittwoch die Anträge im Reichstage ein. Außerdem wird die Fraktion die Regierung wegen der ungeheuerlichen sozial-reaktionären Vorwürfe der Kapitalisten gegen Arbeitszeit, Arbeitsrecht und Arbeitslohn im Zusammenhang mit der Arbeitslosenfrage interpellieren. Während sich die kommunistische Fraktion die Arbeit leicht macht, indem sie den unsinnigen Antrag stellt, einfach alle Verordnungen aufzuheben, was z. B. auch die Befreiung der Rentenmark und damit neue Inflation bedeuten würde, hat unsere Fraktion ihre Anträge sachlich ausgearbeitet. Die Zahl dieser Anträge ist so groß, daß wir nachstehend nur die wichtigsten aus dem weiten und schwierigen Stoffgebiet herausheben können. Die sozialdemokratische Aktion zugunsten des schaffenden Volkes wird eingeleitet durch folgende Interpellation:

Seit Monaten herrscht eine Massenarbeitslosigkeit, die für Millionen von Volksgenossen — Arbeiter, Angestellte, Beamte und Angehörige der freien und sonstigen Berufe — furchtbare Not und bitteres Elend bedeutet. Obwohl die Befürchtungen einer wachsenden Arbeitslosigkeit von der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften rechtzeitig ausgesprochen worden sind, hat die Reichsregierung keinerlei ausreichende Vorbeugungsmaßnahmen getroffen.

Die derzeitige Produktionsstodung ist vor allem eine Absatzkrise. Die Ausfuhr deutscher Waren ist durch eine unumschränkte Monopol- und Kartellwirtschaft gefährdet. Sie schließt die technisch rückständigsten Betriebe und verhindert die zur Steigerung der Exportfähigkeit nötige kaufmännisch-technisch rationale Betriebsweise und Konkurrenzfähigkeit. Im Inland werden die Absatzmöglichkeiten durch unerhörten Lohndruck, das Anschwellen der Arbeitslosigkeit und das dadurch bedingte

Schwinden der Kaufkraft breiter Bevölkerungsschichten aufs schwerste beeinträchtigt. Die Regierung verhält sich gegenüber diesem Sinken der inneren Konsumkraft nicht nur völlig passiv; sie trägt ihrerseits noch dazu bei, die Reallohn immer weiter herabzubringen. Dem Finanzminister ist die Absicht bekannt, durch Einwirkung auf die Schlichtungsausschüsse die Löhne der Privatindustrie ohne Rücksicht auf deren Leistungsfähigkeit ebenso gemächlich zu senken, wie die Löhne und Gehälter in den Staatsbetrieben.

Die erschreckende Verschärfung der deutschen Wirtschaftskrise ist hervorgerufen durch den sozial-reaktionären Vorkoh der deutschen Industrie, insbesondere der Schwerindustrie im besetzten Gebiet, der in seinen Wirkungen einer allgemeinen Produktionsstodung gleichkommt. Unmittelbar nach Beendigung des passiven Widerstandes, in dessen Verlauf die Arbeiter, Angestellten und Beamten des besetzten Gebietes unermessliche Opfer gebracht haben, hat die rheinische Schwerindustrie einen wohlüberlegten Überfall auf die gesamte Arbeitnehmerschaft unternommen. Statt der von ihr immer gepriesenen Volksgemeinschaft hat sie eine Arbeitsgemeinschaft mit dem französischen Militarismus zu schließen versucht, um mit Hilfe der französischen Besatzung den Achtstundentag und das Betriebsrätegesetz der deutschen Arbeiter zu Fall zu bringen. Nur an der Ablehnung durch den General Degoutte ist diese Verschönerung gescheitert. Dann haben dieselben Unternehmer ihr Ziel durch Massenliquidationen und Stilllegung ihrer Betriebe erzwungen. Das organisierte Unternehmertum hat auf diese Weise seine unumschränkte Vorherrschaft wiederhergestellt, zugleich mit dem Versuch, die ganze Last der Reparationsregelung auf die breiten arbeitenden Massen abzuwälzen.

Im schärfsten Klassenkampf des Unternehmertums werden Löhne und Gehälter immer weiter abgebaut, die Arbeitszeit wird unenträglich verlängert. Alle wirtschaftlichen und sozialen Bindungen werden niedergedrückt, um den uneingeschränkten Betriebsabsolutismus wiederherzustellen.

Weiterhin hat die Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände, als die Spitzenvertretung des organisierten Unternehmertums, in Rundschreiben an ihre Unterverbände ein systematisches Vorgehen für die Befreiung der Tarifverträge und des staatlichen Schlichtungswesens eingeleitet. Die Aufhebung gegen die Staatsgewalt und die bewusste Verletzung der Gesetze sind auf jener Seite bereits so weit gediehen, daß die Unternehmer von ihren Organisationen angewiesen werden, die staatlichen Schlichtungsausschüsse nicht mehr zu beschließen, Befehle nicht mehr zu stellen, und sowohl bei freien als auch bei verbindlich erklärten

Tarifverträgen, die ihnen nicht genehm sind, die Waffe der Betriebschließung in Anwendung zu bringen.

Dieselben Kreise, die seit Monaten unter dem Ruhe nach Steigerung der Produktion die Aufhebung des Achtstundentages bezweckten, tragen zurzeit die stärkste Schuld am Produktionsrückgang und der Schädigung der deutschen Wirtschaft. Die Not des Reiches und die Not des deutschen Volkes werden ausgenutzt, um den längst gewollten

Abbau des Schutzes der Arbeitskraft

jetzt restlos durchzuführen. Eine Befreiung der deutschen Volkswirtschaft aber ist unvereinbar mit der Auslieferung der schaffenden Volksträfte an private Ausbeutung. Die Voraussetzung für den Wiederaufbau unserer Wirtschaft ist heute mehr denn je der Schutz der Arbeit als des wertvollsten Gutes der Nation.

Angesichts dieser volksschädigenden Tätigkeit der sozialen Reaktion fragen wir die Regierung:

- 1. in Uebereinstimmung mit der Politik des englischen Arbeitsministers das Washingtoner Abkommen über den achtstündigen Arbeitstag sofort zu ratifizieren;
- 2. endlich die vom Reichstag wiederholt beschlossenen Beschlüsse auf Befreiung von Arbeitslosigkeit auszuführen und die zu derselben Frage vorliegenden umfassenden Vor schläge der Gewerkschaften zu beachten;
- 3. gegen den von der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände organisierten Widerstand und die von dort betriebene offene Gesetzes sabotage zum Zwecke der Befreiung der Tarifverträge und der staatlichen Schlichtungsorgane entscheidende Abwehrmaßnahmen zu treffen, den Arbeitern und Angestellten einen ausreichenden Lohn zu gewähren;
- 4. die Schlichtungsausschüsse anzukündigen die Verlängerung der Arbeitszeit über acht Stunden nur bei zwingendem Nachweis volkswirtschaftlicher Notwendigkeit und nur von Fall zu Fall verbindlich zu erklären?
- 5. Was bedeutet die Reichsregierung zu tun, um zu verhindern, daß durch einen anhaltenden Lohnabbau und eine übermäßig verlängerte Arbeitszeit, die beide produktionshemmend wirken, erneut die außenpolitisch gefährliche Auffassung entsteht, als wäre in nächster Zeit eine Schmutzkonkurrenz von Deutschland auf dem Weltmarkt zu erwarten?

Sozialdemokratische Anträge: Sozialpolitisch.

Von den Verordnungen sozialpolitischer Inhalts haben mehrere eine große Bedeutung für die Arbeiter. Insbesondere gilt dies für die Verordnung über die Arbeitszeit. Die Fraktion beschloß, eine ganze Reihe von Verbesserungsanträgen zu dieser Verordnung zu stellen, insbesondere zu verlangen, daß eine Ueberschreitung der achtstündigen Arbeitszeit nur auf Grund von Tarifverträgen zulässig sein soll.

Zu der Verordnung über die Erwerbslosenunterstützung wurde beantragt, die Beitragspflicht auf alle Angestellte auszudehnen, die dem Angestelltenversicherungsgesetz unterworfen sind. Nach der jetzt gültigen Verordnung haben nur diejenigen Angestellten zur Erwerbslosenunterstützung beizuführen, die ein Gehalt von monatlich 150 M. und weniger beziehen. Alle besser bezahlten sind von dem Beitrage zur Erwerbslosenunterstützung befreit. Das ist in keiner Weise berechtigt. Nach dem Antrage der Sozialdemokraten soll in Zukunft wie jeder Arbeiter auch der besser bezahlte Angestellte den Erwerbslosenbeitrag entrichten und dafür berechtigt sein, im Falle der Erwerbslosigkeit eine angemessene Unterstützung zu beziehen.

Bezüglich der Arbeitspflicht beantragten die Sozialdemokraten, daß die sich bis jetzt ergebenden Mißstände bei der Durchführung der Arbeitspflicht beseitigt werden, daß nur angemessene Arbeit und nur in den Grenzen verlangt wird, die den Verhältnissen der Arbeitslosen entsprechen. Außerdem sollen die tarifmäßigen Löhne gezahlt werden. Für die Erwerbslosen, sowie für alle anderen unterstützungsbedürftigen Personen hat die Verordnung über die Fürsorgepflicht die Reichskasse völlig entlastet und diese Ausgabe auf die Länder und Gemeinden abgewälzt, obgleich hier genügende Mittel nicht zur Verfügung stehen. Die sozialdemokratische Fraktion fordert daher die Befreiung dieser Verordnung, so daß das Reich die notwendigen Zuschüsse zur sozialen Fürsorge zu leisten hat.

Ebenfalls forderte sie die Aufhebung der Verordnung, die die Landkrankenkassen berechtigt und unter Umständen zwingt, für bestimmte Bezirke Sonderkosten einzurichten und dadurch Betriebskrankenkassen für einzelne landwirtschaftliche Großbetriebe zustande kommen. Solche Betriebskrankenkassen waren bisher verboten, da sie in sich die

Gefahr einer rücksichtslosen Bedrückung erkrankter landwirtschaftlicher Arbeiter schließen. In manchem Bezirke haben Großgrundbesitzer die Beiträge für die Krankenkasse verweigert, um auf diese Weise das Recht zu erzwingen, eine Betriebskrankenkasse für ihren Betrieb einzurichten. Mit jener Verordnung ist die Reichsregierung diesem Bestreben in einem unenträglichsten Maße entgegengekommen. Deshalb muß diese Verordnung beseitigt werden.

Die Bezüge der Kriegsverletzten sollen auf den Stand vom 1. April 1920 erhöht werden mit einem Zuschlag bei besonderer Bedürftigkeit. Für die Leistungen aus der Sozialversicherung und der Wöchnerinnenfürsorge sollen entsprechende Anträge im Laufe der Verhandlungen gestellt werden.

Nach einer weiteren Verordnung haben erkrankte Krankentassenmitglieder 20 Proz. der Heilmittelkosten zu bezahlen. Der Vorstand der Krankenkasse sollte die Mitglieder von dieser Ausgabe in solchen Fällen befreien, in denen besondere Härten entstehen würden. In Wahrheit aber sind damit die Härten nicht beseitigt worden. Deshalb fordert die sozialdemokratische Fraktion die Änderung dieser Bestimmung dahin, daß die Mitglieder von der Bezahlung solcher Heilmittel befreit sein sollen, ohne die in dringenden und schwierigen Fällen, bei Unfällen, operativen Eingriffen, ansteckenden und epidemisch auftretenden Krankheiten, sowie bei Entbindungen die notwendige ärztliche Hilfe nicht geleistet werden kann.

Beamtenfragen.

Die Beratung der Beamten-, Angestellten- und Arbeiterfragen führte die Fraktion zu der Ueberzeugung, daß sofort in drei Punkten Abhilfe geschaffen werden muß.

Einmal bezüglich der Bezahlung, von der ja der Finanzminister Dr. Luther selbst zugestanden hat, daß in einem Hungerlohn darstelle und nur vorübergehend in bisherigen Maße beibehalten werden soll. Die Fraktion weicht aber auch darüber klar, daß die Forderung einer Erhöhung der Reichsbezahlung gleichzeitig verpflichtend, für die Beschaffung der notwendigen Mittel Sorge tragen zu helfen. Von dieser Auffassung ausgehend hat sie folgenden Antrag eingebracht:

„Die Reichsregierung zu ersuchen, die Bezüge der Beamten, Angestellten und Arbeiter des Reichs unverzüglich aufzubessern. Hierzu notwendigen Mittel sind unverzüglich durch einen Befehl zur Verfügung zu stellen, der die Erhebung eines gestaffelten Zuschlags zur Steuer auf die Einkommen von 8000 M. jährlich an aufwärts vorsieht.“

Zur Frage der Personalabbauperordnung vertrat die Fraktion die Auffassung, daß die bestehende Verordnung aufgehoben und unverzüglich durch ein Gesetz ersetzt werden muß, das den berechtigten Ansprüchen der Beamten, Angestellten und Arbeiter Rechnung trägt. Ganz besonders soll dieser sofort vorzulegende Befehl zur allgemeinen Herabminderung der Ausgaben des Reichs — nicht nur der Personalausgaben — betreffen, eine Reduktion des Behördenapparates und Vereinfachung der Verwaltungsarbeit vorsehen, für die abgebauten Beamten eine Berufungsinstanz schaffen und die im Betriebsrätegesetz auch den Angestellten und Arbeiter des Reichs zugestandenen Rechte unberührt lassen. Außerdem wünscht die Fraktion, daß der Abbau der schwerbeschädigten Beamten, Angestellten und Arbeiter überhaupt eingestellt wird. Sie hat die entsprechenden Anträge vorgelegt.

In bezug auf die Arbeitszeit der Reichsbeamten, die nach dem Erlaß der Reichsregierung vom 2. Dezember 1923 auf mindestens 9 Stunden täglich festgesetzt ist, weicht die Fraktion der Ansicht, daß der Achtstundentag für die Reichsbeamten umgehend wieder in Kraft gesetzt werden muß. Dies um so mehr, als der Neunstunden-Rindestarbeits tag nach § 13 der Arbeitszeitverordnung mit einem Beschlusse auch auf die Angestellten und Arbeiter des Reichs übertragen und der grundsätzlich durch Gesetz gewährleistete Achtstundentag damit illusorisch gemacht werden kann. Auch ist es ein unenträglich Zustand, daß die Reichsbeamten täglich 9 Stunden arbeiten müssen, während für ihre Kollegen in den Ländern und Gemeinden der Achtstundentag bestehen geblieben ist, und die zuständigen Behörden glücklicherweise nicht daran denken, sich dem Vorgehen der Reichsregierung anzuschließen. Da der Erlaß über den Neunstundentag der Reichsbeamten keine Verordnung im Sinne des Ermächtigungsgesetzes, sondern nur eine Verwaltungsmaßnahme ist, war

leider nicht möglich, die Aufhebung dieses Erlasses durch den Reichstag zu beantragen. Beantragt konnte nur werden, die Regierung zu ersuchen, jenen Erlass unverzüglich aufzuheben, und das ist durch die Fraktion geschehen.

Rechtspflege.

Zu der Emminger'schen Justizverordnung vom 4. Januar hat die Fraktion eine ganze Reihe von Änderungsanträgen gestellt. Danach soll vor allem das Sch w u r g e r i c h t wiederhergestellt werden. Die Laiengerichte sollen sämtlich so besetzt werden, daß die Laien darin das Übergewicht haben. Die Auswahl der Laien soll sich nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit vollziehen. Die Verschlebung von Sch ö f f e n g e r i c h t s s a c h e n an den Einzelschlichter soll nicht auf einseitigen Antrag der Staatsanwaltschaft, sondern nur unter Zustimmung des Beschuldigten erfolgen. Die Bestimmungen der Verordnung über die Freistellung der Anklageerhebung durch die Staatsanwaltschaft, über die Einschränkung der Berufung und die Ueberweisung von Landesverratsachen an die Gerichte der Länder sollen umgestaltet werden.

Ein zweiter Antrag erstrebt die sofortige Aufhebung der durch die Verordnung vom 4. Januar als Notmaßnahme vorgehenden zeitweiligen Ausschaltung der Schöffen und der Schwurgerichte, da die jetzige Gerichtsbarkeit mit ihrer Ausschaltung jeglichen Laienrichtertums und der Berufungsmöglichkeit für die Angeklagten häufig geradezu verhängnisvoll ist.

Des weiteren beantragt die Fraktion die Aufhebung der Verordnung über Tumultsklagen und die Abänderung der Verordnung über die Entlastung des Reichsgerichts, soweit diese Verordnung in Ehesachen die Revision abschneidet. Ferner stellt die Fraktion angesichts der ungeheuerlichen Ausdehnung, welche die Rechtsprechung den Begriffen des Landesverrats gegeben hat, den folgenden Antrag zur Abänderung des Strafgesetzbuches:

„Landesverrat im Sinne des § 92 Abs. 1 Nr. 1 begreift nicht, wer geschwundene Zustände bekannmacht, um ihre Abstellung durch deutsche Behörden herbeizuführen.“

Schließlich hat die Fraktion den folgenden vom Reichstag angenommenen, aber vom Reichsrat nicht verabschiedeten Antrag über die Rechtslage der Beamten als unehelicher Mütter erneut eingebracht: „Die Tatsache der unehelichen Mutterchaft bildet keinen Grund zur Einleitung disziplinarer Maßnahmen.“

Steuerfragen.

Die Fraktion hat außer den vorstehend gekennzeichneten Anträgen einen Initiativgesetzentwurf eingebracht, der die dritte Steuernotverordnung in einer Reihe wichtiger Bestimmungen abzuändern bezweckt. Die wichtigsten beantragt die Fraktion zu streichen. Ebenso soll der Paragraph aus der Verordnung entfernt werden, der die Aufgaben der Wohlfahrtspflege, des Schul- und Bildungswesens und der Polizei den Ländern zu selbständiger Regelung überweist. Zur Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs der Länder und Gemeinden fordert der Initiativgesetzentwurf an Stelle der Reichsteuer eine Regierungsvorlage, durch die den Ländern die Erhebung eines Zuschlages bis zu 200 Proz. zur Vermögenssteuer gestattet wird. Dabei sollen Unterscheidungen zwischen mobilem und immobilem Vermögen, zwischen landwirtschaftlichen und anderen Grundstücken, zwischen Effektenbesitz und anderen Vermögenswerten und zwischen festem und gleichbleibendem und verringertem Vermögen gestattet sein. Zur Förderung des Wohnungsbauwesens wird ein Gesetzentwurf verlangt, der die Erhebung einer Abgabe bis zu 10 Proz. der Friedensmiete vorsieht.

Nachdem in der Aufwertungsfrage der Standpunkt des Finanzministers preisgegeben ist, daß nur zugunsten der Allgemeinheit aufzuwerten sei, will der Initiativgesetzentwurf der Fraktion dem Gläubiger gestatten, von einem offensichtlich leistungsfähigen Schuldner eine Aufwertung bis zu 20 Proz. (statt 15 Proz.) zu verlangen. Der Fälligkeitstermin für die aufgewerteten Beträge soll vom 1. Januar 1932

auf den 1. Januar 1927 vorverlegt werden und der volle Zinssatz von 5 Proz. am 1. Januar 1926 (statt 1928) in Kraft treten.

Während die Verordnung die Aufwertung nur anordnet für Forderungen, deren Heimzahlungen am Tage der Verkündung der Verordnung noch nicht erfolgt war, will die Fraktion die Aufwertung ausdehnen auf alle Forderungen, die nach dem 1. Juli 1922 zurückgezahlt worden sind.

Mit diesen Änderungen will die Fraktion nicht nur den Gläubigern gerecht werden, die durch frühere ablehnende Erklärungen der Regierung zur Aufwertungsfrage veranlaßt worden sind, Zurückzahlungen in Papiergeld anzunehmen, sondern auch zur rascheren und stärkeren Aufwertung der Vermögensmaßnahmen der Sparkassen, Lebensversicherungsanstalten und Hypothekendarlehen beitragen und damit diese Institute in die Lage versetzen, ihren Einlegern bzw. Gläubigern eine frühere und höhere Aufwertung zu gewähren, als es nach der Verordnung möglich ist.

Die Steuern auf Geldwertungs-gewinne will die Fraktion erhöht wissen, und zwar bei entwerteten zurückgezahlten Industriebobligationen von 2 auf mindestens 10 Proz., bei landwirtschaftlichem Grundbesitz, der von Hypotheken befreit wurde, statt bis zu 2 bis zu 10 Proz. Die Länder, denen die Erhebung der Steuer vom unbebauten Grundbesitz überlassen ist, sollen bei ihrer Bemessung auf die Leistungsfähigkeit der kleinen und mittleren landwirtschaftlichen Betriebe Rücksicht nehmen. Die Zahlung der Steuern von Geldwertungs-gewinnen soll in kürzeren Fristen geschehen als die Vorlage will. Zur Erhebung der Steuer von Geldwertungs-gewinnen bei Holzverkäufen aus Forsten öffentlicher Körperschaften sollen die Länder nicht berechtigt, sondern verpflichtet werden.

Würde der Reichstag sich zu diesen von der Fraktion beantragten Änderungen entschließen, so würden in der Aufwertungsfrage die härtesten Ungerechtigkeiten ausgemerzt, bei der Besteuerung der Geldwertungs-gewinne dem Reich und den Ländern größere Einnahmen zugewiesen werden, ohne den Gemüthern übermäßige Lasten aufzubürden, den Ländern und Gemeinden würden die nach Wegfall der Gehaltszuschüsse des Reiches zur Deckung ihres Finanzbedarfs erforderlichen Mittel zur Verfügung, ohne daß die Mieter mit einer Steuer belastet würden, für die die Verordnung keine Grenzen zieht; der Wohnungsbau und damit das allgemeine Wirtschaftsleben aber würde durch eine mäßige Abgabe die wirksamste Förderung erfahren.

Steuerverordnung und Bildungsfragen.

Die Fraktion beantragt die Aufhebung des § 42 der dritten Steuernotverordnung, der die Aufgaben der Wohlfahrtspflege, des Schul- und Bildungswesens und der Polizei den Ländern nach Maßgabe näherer reichsgesetzlicher Vorschriften zur selbständigen Regelung und Erfüllung überläßt. Die Durchführung dieses Paragraphen, der nach unserer Auffassung mit der Reichsverfassung nicht in Einklang zu bringen ist, schaltet den endlich wenigstens mäßig gemommenen Einfluß des Reiches auf Kulturfragen aus und gefährdet die Einheitlichkeit der deutschen Kultur. Er ist aber auch eine Gefahr für schon verabschiedete oder noch in Beratung befindliche wichtige Reichsgesetze (Grundschulgesetz, Lehrerbildung und Reichsschulgesetz). Der Paragraph begünstigt die rücksichtslosen Bestrebungen Bayerns und anderer Länder in bezug auf Schule und Bildung. Man darf ferner annehmen, daß mit diesem Paragraphen die Verrückung der Kulturbildung des Reichsministeriums des Innern beabsichtigt ist, die von einem Sozialdemokraten geleitet wird, übrigens dem einzigen sozialdemokratischen Staatssekretär, der sich noch in Reichsdiensten befindet.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat diese Anträge aus rein sachlichen Erwägungen gestellt. Ihr ist nicht an einer agitatorischen, sondern einer sachlichen Behandlung dieser Anträge gelegen. Fast alle greifen sehr tief in das Schicksal vieler Volksgenossen ein. Gegen zahlreiche Be-

stimmungen der Verordnungen, zumal in der Steuerfrage, hatten auch bürgerliche Vertreter im Ermächtigungsausschuß große Bedenken. Die bürgerlichen Parteien werden nun in offener Reichstagsitzung zu zeigen haben, wie sie zu diesen lebenswichtigen Fragen stehen. Einer summarischen oder oberflächlichen Behandlung der Anträge, die nur von einem schlechten Gewissen der Regierung und der bürgerlichen Parteien zeugen würde, möchte sich die sozialdemokratische Fraktion ohne Rücksicht auf die Konsequenzen widersetzen. Das Volk im Lande tut jedenfalls gut, den Reichstagsverhandlungen der kommenden Wochen mit größter Aufmerksamkeit zu folgen. Es sind Schicksalskämpfe, die sich jetzt entwickeln werden.

Jarres bereitet die Wahlen vor.

Der Reichsminister des Innern hat die Landesregierungen durch Rundschreiben aufgefordert, die Gemeinden anzuweisen, mit der Vorbereitung der Wählerlisten für die Reichstagswahlen sofort zu beginnen und die Arbeiten so zu beschleunigen, daß die Listen am 23. März aus- legungsfertig sind, da immerhin mit der Möglichkeit zu rechnen ist, daß die Neuwahlen noch vor Ablauf der Legislaturperiode stattfinden.

Das Dramburger Zuchthausurteil.

Die sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstag folgende Interpellation eingebracht:

In Dramburg (Pommern) hatte in der Nacht zum 24. Juni 1923 ein Zusammenstoß zwischen bewaffnetem Jungsturm auf der einen, Arbeitern auf der anderen Seite stattgefunden. Wegen die durch das herausfordernde Auftreten des Jungsturm provozierten Arbeiter begann am 26. Januar d. J. die Hauptverhandlung vor der Strafkammer in Stargard, die infolge der Verordnung vom 17. Dezember 1923 statt des Schwurgerichts tätig wurde, und endete mit einem Urteil, durch das wegen Landfriedensbruchs zwei Angeklagte zu Zuchthausstrafen von je zwei Jahren, zwei andere zu Gefängnisstrafen von je einhalb Jahren, einer zu einjähriger Gefängnisstrafe von vier bis zu neun Monaten, die vier Erstgenannten außerdem zu mehrjähriger Polizeiaufsicht verurteilt wurden. Das Urteil ging zum Teil unter die Anträge der Staatsanwaltschaft noch hinaus. In der pommerischen Arbeiterschaft hat die Härte dieses Urteils lebhaften Unwillen hervorgerufen. Der Vergleich mit der rechtsradikalen Kreise gegenüber vielfach geübten Zurückhaltung erscheint unabweislich. Rechtsmittel gegen das Urteil sind nach der Verordnung vom 17. Dezember 1923 nicht gegeben.

Ist die Reichsregierung bereit darauf hinzuwirken, daß im Gnadenwege die erkannten Strafen mit der Billigkeit in Einklang gesetzt werden?

Der Abbau Schwerbeschädigter.

Der Sparauschuß des Reichstags beschäftigte sich am Mittwoch mit dem Abbau der Schwerbeschädigten. Von verschiedenen Seiten wurde Klage geführt, daß die Schwerbeschädigten noch immer nicht die notwendige Rücksichtnahme bei den Behörden fänden. Die Sozialdemokratie stellte deshalb den Antrag, den Abbau der schwerbeschädigten Beamten, Angestellten und Arbeiter überhaupt einzustellen und Ausnahmen nur mit Genehmigung des Sparauschusses zuzulassen. Auf Antrag der Regierung wurde die Beratung dieses Antrages bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt. Die Regierung kündigte die Einrichtung sogenannter Stellen bei den einzelnen Behörden an, die dem Vergleich abgebaut, besonders qualifizierter Beamter bei den einzelnen Dienststellen dienen sollen. Der Sparauschuß beschloß, über die Entlassung von Kriegserwitwen mit verlorbenen Kindern im Bereich der Reichspostverwaltung eine Nachprüfung an Ort und Stelle vorzunehmen.

Eine skandinavische Konferenz tritt am 28. Februar zusammen zur Schaffung eines Schiedsvertrages. Auch Finnland wird vertreten sein.

Blitzlichter.

Konzertsumschau von Kurt Singer.

Es beginnt sich schon zu erfüllen, was hier vor acht Tagen als Vermutung ausgesprochen wurde: Brudner-Deuler aus aller Welt werden sich zum Pult. Das sind z. T. Männer, die sich jahrelang über den österreichischen Reiter ausgeschwogen haben, und die aus dem Zufall der Centenarfeier heraus plötzlich ihr weiches, wienisches Herz schlagen hören. War dieser Brudner nicht verschoren, formlos, ungebändigt, ein matter Wagnerianer der Sinfonie, totfeind in der Endlosigkeit seiner ewigen Melodie? In einer Woche 5 Brudner-Dirigenten — der Rufus macht uns weinen. Hände wegl! Doch sei dem Urteil nicht vorgegriffen. Ein Zufall könnte die Begabung eines wahrhaft Berufenen beweisen. Dieser Zufall führt uns in der opernreichen Woche zu alten Bekannten. Es ist etwas Herrliches um die gute Tradition. Da sitzen eng gedrängt die Menschen der vorigen Generation bei Mayer-Wahr, Wittenberg, Grünfeld. Ohne Zweifel, diese edel eingespielte Gemeinschaft liebt und kennt die klassische Kammermusik. Seit Jahrzehnten pflegt sie diese Literatur mit heiliger Andacht und mit konservativer Absicht vor jeder neueren Regung. Mit Brahms endet diese Welt. Auch wenn sie auf der buntesten Musikpalette einmal zwischen Schwarz und Rot wählen sollte — was ist zu machen, wenn der Würfel doch immer wieder auf Grün fällt? Es ist etwas Entsetzliches um die gute Tradition. Solange aber Hunderte noch voller Begeisterung für das Einzelne, das Alleinige zu erleben, so lange ist es künftiges Recht, auch diesen Idealen ihr Leben zu verschreiben. Es bleibt zu hoffen, daß die Wittenbergische Kapellgenossenschaft herrlich zarte Töne singt, daß der Pianist ein höchst defizitärer Mozart-Interpret ist, und daß der Cellist, der mit Witz und Behagen in der bürgerlichen Gesellschaft tonangebend ist, auch im ernsten Trio den behaglichsten, gesättigsten Ton anschlägt.

Das Haemann-Quartett (Haemann, Kriestadt, Wähle, Steiner) dagegen stürmt mit vollen Segeln dem Modernen zu. Kein leichtes Unterfangen, einem Streichquartett Nr. 3 von Alban Berg Erfolg zu ertingen. Denn es ist widerborstig und gefährlich im Zusammenklang. Die 4 Herren umgeben das Kniffliche durch wahres Beherrschungswesen, sie geben den Besonderheiten des Stils, etwa beim Geigen auf dem Griffbrett oder im Flageolettspiel, Sinnlichkeit, Ausdruck, Einheit. Es scheint nichts abschließlich verstanden, eher relaxt auf den freibewegten Rhythmus gestellt. Jedemfalls wirkt manches aus dem langsamem Satz Uriebe trotz mäßiger Spontanerfindung, das Presto gerade zu wird zu einem Befehlsstück, obgleich partiturnäßig die Kolorit nur Sturm im Glase Wasser ist. Ein ultramodernes Stück klingt fast harmlos, wenn Beherzte es mit dem Herzen spielen. Oder ist Atonalität schon eine Angelegenheit von gestern, und klingt uns der Mißklang von gestern heute schon nicht mehr so übel?

Wenn es nicht liegt, der gebe sich mit Neulust nicht ab. Diese Erstbescheidung läßt der wieselschlägigen Edmund Weissel. Und bei seinem guten Vorlauf, vielerlei und jedem etwas zu bringen, wird es nicht über vermerkt werden, wenn er sich auch mit Rieten abquält. Es ist eben leicht, modern zu schreiben, aber schwer, im alten Fahrwasser neue Segel auszutreiben.

Der Berliner Orchester-Berein scheint zu glauben, daß alle Sinfonien (Haydn, Mozart, Schubert) Paulen-Sinfonien

sind. Eher wären unsere Trommelfelle geplagt als dieses mörderische Raubtier! Auch die 5 Bässe waren für ein klanglich zartes Streichorchester zu massiv. Hans Wiehner gibt sich große Mühe, schöne und belebte Wirkungen aus dem Klangkörper herauszuholen. Im temperamentvollen Satz stehen seine Leute ihren Mann, im Adagio ist die Stimmung uneinheitlich, und das Piano ist vorerst nicht die Stärke dieses Orchesters. Wie schön, daß Witz zur Entwicklung bleibt, wie doppelt schön, Entwicklung systematisch zu fördern!

Paul Marion, der Tenor, hat den alten Glanz und die Frische seines Organs wiedergewonnen, auch ist jede Spielhemmung von ihm gewichen. Berthe Grundmann nennt einen zarten, nicht sehr modulationsgeliebten Sopran von welchem Limbre ihr eigen; Agnes Fuhmanns Stimme hat klangvollen, ebenmäßigen Alt-Charakter. Beiden ist größeres Temperament zu wünschen (etwa von dem Umfang Hans Fuhmanns), beiden ein den Ausdruck steigender Korrespondenz. Der aber dürfte nicht von der Blutmutter sein, wie sie eine Märe Rubin (rotfunkelnd? Locus a non lucendo) auf das Klavier überträgt. Von Hans Baer kann sie lernen: er spielt ausdrucksreiche Salonmusik von Kreisler und Berners wie ein Wellenverwandter mit rhythmischer Feinheit und schwingvollem Aufschlag, sauber, klar disponiert, tänzerisch.

Der indische Pflanzenzauberer.

Der große indische Gelehrte J. G. Bose kann mit größerem Recht als die indischen Gaultier mit ihren Kunststücken ein wahrer „Pflanzenzauberer“ genannt werden, denn er hat durch seine Forschungsmethoden die erstaunlichsten Wunder des Pflanzen- und Naturlebens überhaupt aufgedeckt. Seine neuesten Forschungsergebnisse legte er in einem Vortrag vor, den er vor kurzem in dem Ministerium für Indien hielt. Bose erzählte, wie er vor mehr als 30 Jahren in Kalkutta seine Untersuchungen über das Leben der Pflanze begonnen habe und daß es ihm gelungen sei, einen Apparat herzustellen, mit dessen Hilfe durch 50 Millionenfache Vergrößerung das Wachstum der Pflanze und die Einwirkung von Reizen auf ihren Organismus registriert werden könne. Er wurde dadurch in den Stand gesetzt, die Folgen der Ermüdung bei Kristallen und Metallen nachzuweisen. Er habe in dem Verhalten der Metalle die Tragheit festgestellt, die von einer Ermüdung herkomme, und den Widerstand, der durch die Abwesenheit von Reizen erregt werde. Das Hauptexperiment, das er mit seinem Apparat vorführte, war die genaue Messung der Menge von Kohlendioxid, die eine Wasserpflanze als Nahrung zu sich nimmt. Mit Hilfe dieses Wunderinstrumentes wurden die Sauerstoffbläschen, die die Pflanze ausatmet, gemessen, indem die Zwischenräume zwischen den einzelnen Ausatmungen registriert und durch das Vanten einer Kugel angezeigt wurden. Wenn die Pflanze gestört oder in ihrer Entwicklung gehemmt war, so wurden die Zwischenräume länger. In den frühen Morgen- und späten Abendstunden waren die Zwischenräume ebenfalls sehr lang, während sie um die Mittagszeit sehr kurz waren. Daraus zeigte sich, daß die Pflanze — wie der Mensch — um Mittag den meisten Appetit hat und die größten Mengen Nahrung zu sich nimmt. Aus den Registrierungen ging auch hervor, daß die Lebenstätigkeit der Pflanze durch einen Schock verlangsamt und daß nach einer solchen Erschütterung, wenn nach einiger Zeit die normalen Verhältnisse

wiederhergestellt sind, die Nahrungsaufnahme der Pflanze besonders lebhaft ist.

Bose erklärte auch den Kreislauf der Flüssigkeit in einer Pflanze, wobei sich ein Pumpvorgang ergibt, der der Arbeit des menschlichen Herzens ähnlich ist. Auch die Reaktion der Pflanzen gegen Bestäubungsmittel und Giftstoffe ließ sich durch seine Instrumente feststellen, sowie des plötzliche Erzittern und Schauern der Pflanze in dem Augenblick, in dem sie stirbt.

Die neue Nummer von „Lachen links“, die morgen erscheint, bringt zwei prägnante Karikaturen zu den „Ausnahmestands-Begehren“ von Karl Holz, Zeichnungen von Heinrich Jille („Kohlen hom ma keene — aber 'i Rodeln jibt Higel“), Abeking, Jacobus Bessen, M. Krain u. a., Gedichte von Josephus, Erich Weinert und Mich. v. Lindenheiden. Unter den Probebeiträgen findet sich folgende Fabel.

Einmal stritten sich Kuh, Pferd und Esel, wem von ihnen das größte Verdienst am Kriege zukomme. Sprach die Kuh voll Eifer: „Ich gab alles hin zum Wohle des Vaterlandes. Meine Milch nährte die Menschen vom Beutnant aufwärts, mein Fell diente für Tornister, Koppel und mein Fleisch war die Speise des Volkes.“

Entgegnete lächelnd das Pferd: „Deine Verdienste seien geschmälert, aber gab nicht auch ich mein Fleisch und mein Fell auf dem Altar des Vaterlandes? Ja, ich tat noch mehr als Du, — ich zog die Geschütze in die Schlacht, brachte Munition, und manche Regimente legten mir, weil mein stinker Leib sie dem Feinde entgegenzue, habe ich nicht das größere Verdienst?“

Ermüdet überlegen der Esel: „Kinder, weshalb streitet Ihr Euch? Was wäret Ihr alle ohne mich? Hätte ich nicht schon lange vor dem Kriege im Auswärtigen Amt gelesen, hätte es überhaupt je Krieg geben können?“

„Lachen links“, das republikanische Witzblatt, ist durch alle Postanstalten, Buchhandlungen und den Verlag J. H. W. Dietz nach, zu einem Vierteljahrsabonnementspreis von 3,25 M. zu beziehen. Die eingeleitete Nummer kostet 25 Pf.

Jacob Boshardt, der bekannte schwedische Schriftsteller, ist in Glödsdal (Ranton Strandbänken) im Alter von 62 Jahren gestorben.

Das Schicksal der Jarenkabbilder. Zum 100-jährigen Jubiläum der Dynastie Romanow war letzterzeit die Aufstellung einer Reihe von Statuen der Jaren dieses Hauses geplant. Nach dem Ausbruch des Weltkrieges wurde die Ausführung des Planes hinauszugeschoben, bis der Sturz der Dynastie ihn endgültig unmöglich machte. Jetzt ist, dem „Ostprey“ zufolge, beschlossen worden, die Bronze von zwei Statuen, die Alexander III. und Nikolai II. darstellen, zum Gutz des Denkmal für Plechanow zu demuten.

Amerikanische Unterföhung englischer Universitäten. Die Rockefeller-Stiftung in New York hat der Universität Oxford 75 000 Pfund zum Ausbau der Abteilung Biochemie überwiesen. Kürzlich wurden der Universität Cambridge 100 000 Pfund zur Errichtung einer Schule für Pathologie und der Universität Edinburgh 50 000 Pfund zur Erbauung eines neuen Observatoriums überwiesen. Ebenso erhielt die britische Reichshygiene-Schule in London 400 000 Pfund aus der gleichen Stiftung.

Ein Anschlag gegen Alfred Kerr.

Ein Gesellschaftsstand mit politischem Hintergrund.

Herr Alfred Kerr, der angefehene Schriftsteller und Theaterkritiker, übermittelt uns folgende Zuschrift:

Der Gang in die Öffentlichkeit.
Nicht eine Flucht. Sondern ein Gang — der mit eifrigen Personen zu machen bleibt. Der Tatbestand ist nicht alljährlich. So unerhört er klingt: amtliche Vernehmungen erwiesen ihn.

Ein gegen mich gerichteter Ueberfall im Brunwald, als ich nachts mit meiner Frau heimkam, ist verübt worden. Der eine der zwei bestellten Kerle befand sich unrichtiger Sache nach kurzer Frist in den Händen der Polizei.

Das Verhör ergab: der Ursprung des Anschlags liegt in der Umwelt einer, der geringeren Bühne nahestehenden Person weiblichen Geschlechts, über die vor zweieinhalb Monaten eine kritische (sachliche) Bemerkung erfolgt war, — und in der Umwelt ihres Beschüßers.

Das Geständnis des Täters sagt:
1. Der Hauptinteressent ist ein hochgestellter, in Spleetkreisen lebender Staatsbeamter.
2. Dieser will die Täter bestimmen; ihnen auch Anstellung verschaffen.

3. Die Vorchrift bestand: der Ueberfall solle nicht in Gegenwart meiner Frau erfolgen. (Sie war an dem kritischen Abend einige Schritte vorausgegangen.)
4. Der Unter-Auftraggeber ist der Leiter eines Spielflubs. (Dieser hat bereits vor der Polizei bekannt, den „Austrog“ zum Ueberfall erteilt zu haben.)

5. Seit zweieinhalb Monaten haben die Beauftragten mich im Theater beobachtet, eingeständnermaßen verfolgt — und nach der Vorstellung eine Gelegenheit zum Ueberfall gesucht. (Sie hatten die Weisung, mit Autodroschken in den Brunwald voranzufahren.)
6. Auf das Gelingen des Ueberfalls waren Mark Fünfhundert ausgelegt.

Soweit das Geständnis. Einzelheiten ergibt die fernere Untersuchung — welche den ganzen Umfang eines Sumpfes zu beleuchten haben wird.

Ich muß das alles hier feststellen. Das Maß dieser Verkommenheit duldet kein Vertuschen mehr. Der Fall ist dem Staatsanwalt übergeben.

Alfred Kerr.

Die geheimnisvolle Angelegenheit hat ihren Ursprung offenbar nicht im Politischen, sondern im Menschlich-Menschlichen, sie berührt aber das Gebiet der Politik insofern, als gegen einen hochgestellten Staatsbeamten geradezu ungeheuerliche Beschuldigungen erhoben werden. Erweisen sich diese als auch nur zum Teil wahr, so ist es selbstverständlich, daß jener Mann seine Rolle ein für allemal ausgespielt hat. Den Rest wird man dann der gerichtlichen Untersuchung und Ahndung überlassen können.

Die Tragödie der Staatsratsdiäten.

Ein Volksbegehren?
Im Landtag gab es gestern inmitten der ersten Beratungen einen Moment ungetriebener Heiterkeit für diejenigen, die die auf den ersten Blick nicht ganz durchsichtige Situation übersehen. Und das kam so: Auf der Tagesordnung stand als vierter Punkt: Zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs zur Veränderung des Gesetzes betreffend die Reisekosten und Aufwandsentschädigung für die Mitglieder und den Präsidenten des Staatsrates. Es handelte sich um einen Gesetzentwurf, für den der Staatsrat ganz besonders in der ihm ursprünglich zugeordneten Eigenschaft einer „Finanzbremse“ gegenüber dem „allzu bewilligungsfreundlichen Parlament“ tätig gewesen war. Diese „Bremse“ bestand darin, daß er in seinem Gutachten über die Vorschläge der Staatsregierung hinaus die Aufwandsentschädigung für seinen Präsidenten wesentlich erhöht und gleichzeitig die gute Gelegenheit benutzte, für sich selbst die Erhöhung der Diäten zu beantragen, die die Friedensdiäten der Diäten für die Mitglieder des Abgeordnetenhauses noch überstieg, und das in einer Zeit, wo die Beamtengehälter auf nahezu die Hälfte ihres Friedenswertes zusammengeschrumpft sind, zu einer Zeit, wo der Finanzminister erst vor kurzem wieder im Plenum des Landtages erklärt hatte, es müsse jeder Pfennig, der irgendwie entbehrlich sei, gespart werden.

Im Landtagsauschuß hatten die Vertreter der Rechtsparteien sich zum Sprachrohr dieser Diätenwünsche des Staatsrates gemacht und hatten sich auch nicht dadurch stüßig machen lassen, daß die Staatsregierung erklärte, den weitgehenden Wünschen des Staatsrates in der Diätenfrage nicht Rechnung tragen zu können.

Die gestrige Beratung im Plenum nahm jedoch einen recht unerwarteten Verlauf. Mit großer Mehrheit wurde sowohl die Erhöhung der Aufwandsentschädigung für den Präsidenten des Staatsrates als auch die Erhöhung der Diäten der Staatsratsmitglieder abgelehnt. Wie kam das? Es gibt böse Jungen, die behaupten, die Herren von der Rechten hätten, da es sich um den vierten Punkt der Tagesordnung handelte, ihr Erscheinen nicht für erforderlich gehalten. Wir glauben, daß man ihnen besonders unrecht tut. Es handelt sich vielmehr ganz offensichtlich um einen der allerdings sehr seltenen Fälle, in denen diesen Herren nachträglich doch Bewußtseinsüber ihre Haltung im Auschuß bekommen hätte. Auf die Dauer hatten sie sich der Erkenntnis nicht verschließen können, wie es gerade in dieser Zeit auf die abgebauten Beamten und in ihrem Gehalt aufs äußerste gekürzten Beamten wiefen müsse, wenn man in so großzügiger Weise die ach so notwendige und an sich so kostspielige Institution des Staatsrates noch kostspieliger gestaltet. Da ihnen anscheinend der Mut fehlte, in öffentlicher Sitzung diese bessere Erkenntnis von der Tribüne herab zu verkünden, hatten sie es vorgezogen, ihre Reue durch demonstratives Fernbleiben von der Abstimmung zu bekunden. Die Herren-Deutschnationalen und die ihnen Sinnesverwandten haben durch dieses Fernbleiben von der Abstimmung folgende Situation geschaffen: Durch die Ablehnung in der zweiten Beratung ist der ganze Gesetzentwurf endgültig begraben. Eine Gesetzesvorlage, die der Landtag abgelehnt hat, kann nun aber in dem gleichen Sitzungsabchnitt nicht wieder vorgebracht werden, es sei denn, daß ein wirksames Volksbegehren vorliegt. Also auf zum fröhlichen Volksbegehren für die Erhöhung der Diäten der Staatsratsmitglieder!

Das Resultat des bayerischen Volksbegehrens ist immer noch nicht festgestellt. Die bayerischen Städte haben insoweit für die Auflösung des Landtags abzugeben 289.442 und für Veränderung der Verfassung 281.787 Stimmen. Das bisherige Gesamtergebnis beläuft sich auf rund 702.000 bzw. 655.000 Stimmen. Es fehlen noch die Resultate aus 97 von 146 Amtsbezirken; beide Volksbegehren werden sicher die notwendige Unterstützung finden.

Kahrs Putschrolle.

Betrachtungen zum Ludendorff-Prozess.

München, 20. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Während es bisher für die gesamte bürgerliche Presse Bayerns eine ausgemachte Sache war, im Zusammenhang mit dem Prozess Herrn v. Kahr in keiner Weise mit einer Schuld des 8. November zu belasten, wagt am Mittwoch wenigstens nach dem Rücktritt Kahrs ein maßgebendes Blatt der Bayerischen Volkspartei, die „Augsburger Postzeitung“, den schüchternen Versuch einer objektiven Betrachtung, indem sie schreibt, über der Vorgeschichte des Hitler-Putsches und dann über den Vorgängen im Bürgerbräukeller liege ein gewisses Dunkel. „Wir wissen aus den Erklärungen, welche die Herren Kahr, Lossow und Seißer öffentlich abgegeben haben, daß vor dem Putsch Verhandlungen mit Hitler und Genossen gepflogen worden sind, über deren Gang von den beiderseitigen Parteien ganz verschiedene Darstellungen gegeben wurden. Das gilt noch mehr von den Vorgängen am 8. November, und zwar im Nebenzimmer des Bürgerbräukellers, wo die historische Besprechung zwischen Hitler und den drei Herren stattgefunden hat. Was in allen diesen Besprechungen erörtert oder beschlossen wurde, das muß im Prozess restlos aufgeklärt und es muß unumstößlich festgestellt werden, wer an dem Putschunternehmen direkt oder indirekt die Schuld trägt. Das allein spricht schon dafür, daß die Herren v. Kahr und Lossow nicht in ihrer amtlichen Stellung als Zeugen vernommen werden. Nun kommt aber noch dazu, daß ein Teil der Angeklagten den Beweis erbringen muß, daß die genannten Herren mit den hochverräterischen Aktionen selbst in enger Beziehung standen. Es wird also der Versuch gemacht, die Kronzeugen mindestens auf das schwerste zu kompromittieren. Aus diesem Wirrwarr führt nun selbst in der Annahme, daß die erhobenen Beschuldigungen jeder Berechtigung entbehren, nur der Weg: daß die genannten Herren ohne Beförderung mit ihrer amtlichen Würde als freie Männer den Gerichtssaal betreten, ihrer Zeugnispflicht obliegen und sich der Konfrontation mit der angeklagten Partei unterstellen.“ Im übrigen steht das Blatt die Hauptschuld Kahrs an dem Putsch darin, daß er den Putsch vor dem 8. November überhaupt nicht verhütet hat. Diese Aufgabe hätte ihm geltehen müssen, wenn er als Generalstaatskommissar mit derselben Entschiedenheit, die er gegen links anzuwenden verstanden hat, auch gegen rechts aufgetreten wäre. Denn Herr v. Kahr hat schon lange gewußt, daß Hitler und Konserien einen Putsch planten, und er hatte auch die ganze Größe dieser Gefahr erkannt.

Poincaré auf dem Rückzuge.

Unzufriedenheit der Scharfmacher.
Paris, 20. Februar. (CP.) Das „Echo National“ Lardieus stellt fest, daß Poincaré gegenwärtig im Begriffe sei, in der Ruhrfrage zu kapitulieren. Um das Ansehen zu wahren, würden die Sachverständigen vorschlagen, die französisch-belgische Militärkontrolle an der Ruhr aufrechtzuerhalten. Das bedeute aber gleichwohl, daß die Ruhrpolitik Poincarés falliert habe. Seitdem Macdonald englischer Premierminister geworden sei, sei Poincaré nicht mehr derselbe wie früher. Er sei jetzt bereit, alle Pläne zu schlucken. Die Pfalzpille habe er bereits verdaut und andere würden folgen. Die Formel seiner Kirchhofpreden: „Wir werden die Ruhe nur gegen Zahlungen räumen“, sei bedeutend abgeändert worden. Jetzt sei Poincaré bereit, sich mit bloßen Zahlungsverpflichtungen zufrieden zu geben.

Im „Echo de Paris“ stellt Berlin fest, die Sachverständigen würden vorschlagen, die wirtschaftliche Befreiung der Ruhr, das Rheingewässern, die rheinische Eisenbahnregie und die Verträge mit der Rumänien aufzugeben. Wenn Frankreich diese Vorschläge annehme, so würde es die größte Unvorsichtigkeit begehen. Man könnte höchstens auf den Zollkordon verzichten. Dagegen würde eine rein militärische Befreiung ohne gleichzeitige wirtschaftliche Befreiung ganz wirkungslos sein. Man spreche von der Notwendigkeit einer internationalen Lösung, um den Frankentkurs zu retten. Frankreich könnte aber den Frankentkurs selbst stabilisieren. Es genüge dazu, ein für allemal auf die Anleihepolitik zu verzichten. Die sogenannte internationale Lösung würde die Verlegenheiten Frankreichs nur noch vermehren.

Die Sorgen des Nationalen Blocks.

Paris, 20. Februar. (CP.) Der „Populaire“ glaubt zu wissen, daß Poincaré vor zehn Tagen eine Abordnung der Kammermehrheit empfangen habe, die bei ihm Vorstellungen wegen der 20proz. Steuererhöhung erhob, da dadurch der Nationale Block bei den Kammerwahlen der Gefahr einer Niederlage ausgelegt sei. Poincaré habe die Delegation darauf erwidert, die Regierungsvorlage anzunehmen, und gleichzeitig die Zusicherung gegeben, daß sie erst nach den Wahlen die Unterschrift Millerands erhalten und im „Journal Officiel“ veröffentlicht werden würde, wodurch sie erst durchführbar wird. Der „Populaire“ protestiert gegen diese Zusicherung Poincarés, die beweise, daß Poincaré das Wohl seiner Kammermehrheit näherliege als die finanzielle Rettung Frankreichs.

Der Frank unter Polizeischutz.

Paris, 20. Februar. (CP.) Ein starkes Polizeiaufgebot umgab heute die Produktenbörse, um jeden Zutritt und Ansammlungen vor der Börse zu verhindern. Einige Passanten, die nicht weitergehen wollten, wurden verhaftet. Außer in den benachbarten Cafés wurden keine Geschäfte abgeschlossen, zumal auch zahlreiche Landwirte und Händler aus der Provinz wegen der Schließung der Börse nicht eingetroffen waren. Wie der „Temps“ meldet, wird die von dem Polizeipräsidenten verhängte Maßnahme nur vorübergehender Natur sein und die Börse demnächst unter gewissen Bedingungen wieder geöffnet werden.

Die Sachverständigenarbeit.

Paris, 20. Februar. (CP.) Im Hotel Aloria hielten die Sachverständigen, der beiden Ausschüsse heute eine Reihe wichtiger Sitzungen ab. Das Komitee Dames hat zu den Schlussfolgerungen seines Unterausschusses betreffend die Frage des deutschen Budgets noch Stellung genommen. Der Ausschuß Mac Kenna hat sich in dreistündiger Sitzung von neuem mit der Frage der deutschen Auslandsguthaben befaßt. Der allgemeine Eindruck geht dahin, daß die Sachverständigen, zumal auf französisches Drängen, ihre Arbeit zu einem raschen Ergebnis bringen wollen. Die Angabe eines amerikanischen Blattes, wonach der Schlussbericht des Komitees Dames noch vor dem 5. März der Reparationskommission unterbreitet werden könne, dürfte zutreffen.

Paris, 20. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der „Temps“ glaubt unter Berufung auf die französischen Sachverständigen entgegen dem größten Teil der Pariser Morgenpresse feststellen zu können, daß von der unmittelbar bevorstehenden Errichtung des vorläufigen deutschen Kreditinstitutes durch Reichsamtpräsident Schacht keine Rede sein könne. Die Nachricht ist unseres Wissens völlig unzutreffend. Es sei denn, daß Poincaré eine neue Schwärzung beabsichtigt und nachträglich Einwendungen erhebt. Dies wäre aussichtslos, weil die Errichtung des vorläufigen Kreditinstitutes nicht die geringste Handhabe bietet, die Generalthypothek aus dem Verfall Artikel 248 gehend zu machen, wie das in derartigen Fällen von Paris aus üblich ist.

In Brüssel liegen nach dem Berichtstatter des „Temps“, abgesehen von den bereits bekannten Mitteilungen über die künftige deutsche Notenbank folgende Einzelheiten über die bisherigen Feststellungen der Komitees vor: Die Sachverständigen hielten den Ausgleich des deutschen Budgets für leicht durchführbar und sind, was die Voraussetzung der Sanierung anlangt, einig. Die gleiche Einigkeit besteht hinsichtlich der Aufstellung eines besonderen deutschen Reparationsbudgets, das aus ganz bestimmten ständigen Einnahmequellen gespeist werden solle. Jedoch soll deren Ertrag für den Anfang Deutschland nicht ganz vorenthalten werden, um den Ausgleich des ordentlichen Budgets zu ermöglichen. Während des Moratoriums sollen die Sachleistungen nicht eingestellt werden. Der Berichtstatter glaubt an eine internationale Anleihe in Höhe von etwa 10 Millionen Goldmark auf Grund der Verpfändung der deutschen Eisenbahnen. Jedoch steht dies in Widerspruch zu den in Paris vorliegenden Nachrichten. Was die Ruhrbefreiung anlangt, werden die Sachverständigen sich darauf beschränken, einen Abbau der wirtschaftlichen Maßnahmen vorzuschlagen.

Arbeiterpartei und Regierung.

London, 20. Februar. (CP.) Das Komitee der Arbeiterpartei, dessen Aufgabe die Fühlung zwischen Regierung und Partei ist, hat Robert Smillie (Bergarbeiter) zum Vorsitzenden und Georg Lansbury (früher Herausgeber des „Daily Herald“) zum Stellvertreter gewählt. Von der Regierung sind in das Komitee die Minister Arthur Henderson, Clynes und Ben Spoor delegiert worden.

Im Unterhaus fragten mehrere Konservative nach dem Verhältnis der Regierungsmitglieder zur Sozialistischen Arbeiterinternationale.

Ministerpräsident Macdonald bedauerte in seiner Antwort, daß diese Fragen, die schon so oft hinreichend beantwortet worden seien, wieder einmal das Unterhaus beschäftigen müßten. Er erklärte, daß die Behauptungen, die englische Regierung unterbreite der Internationale unmitelbar oder mittelbar Vorschläge, nicht den Tatsachen entspreche. Auch sei es unwar, daß die Autonomie der englischen Arbeiterpartei durch die Zentralisierung der Internationale beeinträchtigt werde. Die englische Arbeiterpartei habe die Beschlüsse der Internationale nur soweit auszuführen, wie diese nicht mit den eigenen Auffassungen der Partei in Widerspruch stünden. Sollte aber ein Fall eintreten, wo die Arbeiterpartei die Beschlüsse der Internationale nicht verantworten könne, so siege ihr ja frei, aus der Internationale auszutreten, genau so, wie es England freistünde, in entsprechender Lage aus dem Völkerbund auszutreten.

Die Anerkennung der Sowjetunion.

London, 20. Februar. (CP.) Auf eine Anfrage des Liberalen Abg. Archibald Sinclair erklärte Ministerpräsident Macdonald, die Regierung habe den Bund der Sowjetrepubliken anerkannt und in diese Anerkennung Georgien, Aserbaidschan und Armenien einbezogen, insofern die erwähnten Gebiete die Autorität der Bundesregierung anerkennen. Es sei selbstverständlich, daß die Anerkennung von Regierungen, welche de facto nicht mehr existieren, aufhöre, irgendwelche Bedeutung zu haben.

Die Luxemburger Konferenz.

Vanderveldes Hoffnungen.
Von der Luxemburger Konferenz der Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, über deren Verlauf wir bereits telegraphisch berichteten, ist soeben ein offizielles Sitzungsprotokoll erschienen, dem wir folgendes entnehmen:

In einer langen sehr lebhaften von Vandervelde (Belgien) eingeleiteten Debatte beschäftigte sich die Exekutive mit der europäischen Lage. Seit der Beendigung des Krieges, durch alle Phasen der fast fünfjährigen Reparationsstreife hindurch, hat die Internationale immer wieder erklärt, daß das Reparationsproblem nicht durch Gewalt, sondern nur durch Verständigung gelöst werden kann. Nunmehr konnten die französischen und die belgischen Delegierten berichten, daß sich jetzt endlich auch in der französischen und in der belgischen Bourgeoisie, die ihre Hoffnung bisher auf die Methode der Gewalt, auf die Ultimata und auf die Drohungen, schließlich auf die Befreiung der Ruhr gesetzt hatten, die Ueberzeugung durchdringt, daß es mit der Gewalt nicht mehr geht, daß nur friedliche Verständigung zur Lösung der Reparationsfrage führen kann. Seit dem tiefen Sturz des französischen Frank und seit dem Antritt der britischen Arbeiterregierung ist auch in Frankreich die allgemeine Stimmung gründlich anders geworden. Aber so erfreulich das auch ist, so mahnt doch alles, was bisher über die Ergebnisse der Sachverständigenberatungen in Berlin, die die Verständigung zwischen den Mächten vorbereiten sollen, bekanntgemacht ist, zu höchster Vorsicht. Es besteht die ernste Gefahr, daß die kapitalistischen Regierungen, wenn sie sich über die Lösung des Reparationsproblems einigen, diese Einigung auf Kosten der Arbeiterklasse suchen. Dieser neuen Gefahr gegenüber hat die Exekutive die Richtlinien ihrer Politik in einer Resolution zusammengefaßt (deren Wortlaut hier schon mitgeteilt wurde, Red. d. „B.“).

Die Exekutive beschäftigte sich auch mit den Beziehungen der SWA zum Internationalen Gewerkschaftsbund und zu der Internationale der Genossenschaften. Sie stimmt der Anregung des IGB zu, die engere Fühlung zwischen den drei Internationalen durch ein Komitee, indem jede derselben durch zwei Mitglieder vertreten sein soll, herzustellen. Die Exekutive beauftragte die Genossen Friedrich Adler und Cramp-England mit den Verhandlungen und bestimmte sie als ihre Vertreter, wenn ein gemeinsames Komitee zustandekommen wird. Der IGB hat Wertens-Belgien und Dabogest-Holland, die Genossenschaftsinternationale Pöfsson-Frankreich und Ray-Etnofand nominiert.

Die internationale sozialistische Frauenkonferenz in Hamburg hatte den Wunsch ausgesprochen, daß eine Vertretung ihres Bureau zu den Sitzungen der Exekutive der SWA, zugezogen werde, damit die besonderen Aufgaben der internationalen Frauenbewegung im Einvernehmen mit der Exekutive erledigt werden können. Die Exekutive beschloß, diesem Wunsch Rechnung zu tragen, so daß zu künftigen Sitzungen der Exekutive eine Vertreterin dieses Komitees eingeladen wird.

Aus dem Bericht über die organisatorische Lage der Internationale, den der Sekretär Adler erstattete, geht hervor, daß gegenwärtig der Internationale 46 Parteien angeschlossen sind (neuangemeldet hatten sich drei Parteien, darunter die sozialistische Partei Argentiniens), die eine Gesamtmitgliedszahl von mehr als 7 Millionen besitzen.

Letzte Nachrichten.

Großfeuer.
Gestern abend in der zehnten Stunde brach in dem Fabrikgebäude der bekannten Parfümeriefabrik von Kopp u. Joseph, Ullowstr. 107, Großfeuer aus. Die Feuerwehr ersandte eine Anzahl Löschzüge, doch ist es außerordentlich schwer für die Sappeure, an den Brandherd zu gelangen, da dauernd Explosionen von Chemikalien erfolgen.

Gewerkschaftsbewegung

Abbau der Sozialversicherung.

Vor dem Kriege galt die deutsche Sozialversicherung als muster-gültig. Die deutsche Regierung war stolz auf die Leistungen der gesetzlichen Zwangsversicherung und veräumte nicht, auf internationalen Ausstellungen den Segen dieser Einrichtungen in graphischen und bildlichen Darstellungen zur Schau zu stellen. In anderen Ländern diente die deutsche Gesetzgebung vielfach als Grundlage. Die Sozialversicherung erschien so fest fundiert, daß an ihren Ausbau gedacht werden konnte. Durch die Inflationsperiode nach dem Kriege schmolz das Vermögen der Versicherungsträger dahin und brachte diese an den Rand des Ruins. Das Prinzip, die Leistungen aus dem angesammelten Vermögen zu decken, mußte verlassen werden, um nur die schlimmste Notlage der Rentenbezieher zu mildern. Deren Bezüge mußten aus den einkommenden erhöhten Beiträgen gedeckt werden. An Rücklagen war nicht zu denken. Die niedrigen Renten wurden nur langsam und meistens verspätet erhöht. Sie reichten bei weitem nicht aus, machten weitere Hilfe notwendig, weshalb u. a. durch Verordnungen und Beschlüsse über Notstandsmassnahmen in der Invalidenversicherung Zuschüsse aus Gemeinde- und staatlichen Mitteln festgesetzt wurden. In der Unfallversicherung sanken die Renten teilweise zur Bedeutungslosigkeit herab. Auch die Leistungen der Krankenkassen waren zeitweilig so gering, daß sie in keinem entsprechenden Verhältnis zu den erhöhten Beiträgen standen.

Durch die Stabilisierung unserer Währung ist ein Umschwung eingetreten und die Möglichkeit des allmählichen Wiederaufbaus geschaffen worden. Mit der Anpassung der Renten an die ständigeren Verhältnisse geht einher der Abfall des erwähnten Gesetzes über Notstandsmassnahmen. Dabei sind die Renten in der Invalidenversicherung so niedrig festgesetzt (Anwaltsrenten 13 M., Witwen- und Waisenrenten 7 M. im Monat, darüber für Kinder unter 18 Jahren je 3 M. im Monat), daß sie den allerbedürftigsten Empfänger nicht genügen können. Die Krankenkassen haben ihre Leistungen besser den Lebensverhältnisse wieder anpassen können. Dagegen sollen in der Unfallversicherung die niedrigen Renten abgebaut werden.

Kaum sind beschlossene Ansätze zur Besserung in der Sozialversicherung vorhanden, da rühren sich auch schon die Unternehmer, um sich von den Lasten der Versicherung zu drücken. Ueber einige typische Beispiele dieser Art wird in Nr. 7 der „Gewerkschaftszeitung“ unter der Überschrift „Sturm auf die Arbeiterversicherung“ berichtet. Es wird dort hingewiesen auf die Entlohnungsweise in der Landwirtschaft, wo neben dem Deputat Barlöbne bis herab zu einem Pfennig für die Stunde gezahlt werden, und da die Versicherungsbeiträge in bar zu leisten sind, machen sie den wesentlichen Teil des Barlohnes aus. Die Landwirte streben nun, die Arbeiter auf ihrer Seite zu haben, wenn sie sich weigern, Beiträge für die Krankenversicherung zu leisten. Hingewiesen wird dabei auf das Charakteristikum, daß die Reichsregierung nicht die Kraft aufbringt, den Landwirten entgegenzutreten. In einem der Redaktionen der „Gewerkschaftszeitung“ vorliegenden Rundschreiben vom 30. Dezember des Landbundes für die Hanfschäfer und des Landwirtschaftlichen Vereins der Marschen wird offen ausgesprochen: „Es muß erwartet werden, daß diese überholte unsoziale Einrichtung der Krankenkassen abgeschafft wird.“ Diesem wenigstens ehrlichen Bestreben der landwirtschaftlichen Arbeitgeber stellt die Redaktion der „Gew. Z.“ das weniger ehrliche Vorgehen der Industriellen gegenüber. So teilt der Arbeitgeberverband der Eisen- und Metallindustrie von Siemens und Langen in einem Rundschreiben vom 28. Dezember mit, daß der Sozialpolitische Ausschuss der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände in Berlin sich mit der Arbeiterversicherung beschäftigt habe und berichtet darüber: „Es wurde eine Resolution vorgelegt, die mit der Maßgabe angenommen wurde, daß vor allem betont werden müsse, daß die Hemmnisse für die Bildung von Betriebskrankenkassen beseitigt werden müssen und daß im Gegenteil eine gesetzliche Verpflichtung geschaffen werden müsse, für kleinere und größere Betriebe unter Umständen Betriebskrankenkassen einzuführen.“ Auch mit der Angelegenheit der Invalidenversicherung soll sich der erwähnte Ausschuss beschäftigen, worüber das Remscheid'sche Rundschreiben folgendes berichtet: „In der Aussprache über diesen Bericht wurde vor allen Dingen über die Daseinsberechtigung dieser Versicherung gesprochen, die von der überwiegenden Mehrzahl der Redner verneint wurde.“

Aus dem vorstehenden Heberblick geht zur Genüge hervor, daß die Unternehmer die Sozialversicherung an liebsten beseitigen möchten. Da das den Industriellen noch nicht möglich erscheint, möchten sie wenigstens die Lasten der Krankenversicherung verringern. Man ist ja wieder in der glücklichen Lage, möglichst nur gesunde und kräftige Arbeiter einstellen zu können. Die schwachen und kranken Arbeiter können den Ortskrankenkassen verbleiben, wenn es ihnen gelinzt, noch irgendwo Arbeit zu finden. Der Kritik der „Gew. Z.“ können wir uns vollinhaltlich anschließen: Nicht Abbau, sondern Ausbau der Sozialversicherung!

Jahresgeneralversammlung der Fabrikarbeiter.

Am Sonntag nahmen die Berliner Fabrikarbeiter Stellung zum Rechenschaftsbericht der Ortsverwaltung, den der 1. Bevollmächtigte, W. Reimann, erstattete. Dem ausführlichen Bericht ist zu entnehmen, daß zwar die letzte Inflationskrise mit ihren Folgen die Zahlstelle stark erschütterte, jedoch nicht zerrüttete. Der Tiefstand ist aber unden, die Reihen schließen sich, es geht wieder vorwärts. Im letzten Jahre konnte infolge der häufigen Lohnbewegungen den anderen Aufgaben der Organisation nicht die notwendige Zeit und Aufmerksamkeit gewidmet werden. Den Bestrebungen der Unternehmer, namentlich der chemischen Industrie, auf Verlängerung der Arbeitszeit und Kürzung der unzureichenden Löhne muß und wird entschiedener Widerstand entgegengesetzt werden. Jetzt wird sich auch zeigen, was hinter dem Geschrei derer ist, denen der Verband nie genug tat. Die Unternehmer der chemischen Industrie verlangen Verlängerung der Arbeitszeit, dabei nehmen die Krankheitsfälle in erschreckender Weise zu. In den einzelnen Betrieben ist die Ziffer der Erkrankungen auf über 5 Proz. der Beschäftigten überhaupt gestiegen. In einem Betriebe kamen an einem Tage 25 akute Erkrankungen vor, davon 4 Verkümmersfälle. Das Ziel der Unternehmer ist: Zehnstundentag bei Löhnen, wie sie heute in acht Stunden erzielt werden. Der Erfolg der Abwehr ist abhängig vom Organisationsverhältnis. Reimann berichtete sodann über die letzte Beiratsitzung des Verbandes.

Den Bericht über die Kassenverhältnisse erstattete Prinzke. Nach einigen kritischen Ausführungen beantragte er Entlastung für den Kassierer. Karl Schulz gab den Bericht des Gewerkschaftsrats. In der Diskussion sprach als erster Redner Michael als Vertreter der „Opposition“. Er sprach sehr wenig zum Geschäftsbericht, um so mehr über Ermächtigungsgesetz,errat, Revolution usw. Zum Schluß verlas er die übliche lange Resolution. Ihm traten unter dem Beifall der Versammlung die Kollegen Semelow und Treptow wirksam entgegen. Es sprachen nach in sehr sachlicher Weise Eberhardt zur Erwerbslosenfrage sowie Th. Baller über unsere nächsten Aufgaben in den Betrieben.

Im Schlußwort empfahl Reimann die Annahme des ersten Teils der Resolution Michael, der sich für Erhaltung des Achstundentages ausspricht und jedes betriebliche Vorgehen verwirrt. Klar brachte er zum Ausdruck, daß die vorgetragenen Ansichten der Opposition bei ihrer Durchführung eine Schwächung der Kampfkraft der Arbeiterschaft bedeuten. Im Fabrikarbeiterverband ist nach wie vor für jeden Arbeiter Platz, mag er politisch stehen, wie er will, wenn er Verbandsdisziplin übt. In den Versammlungen des Fabrikarbeiter-

Postabonnenten

welche die Erneuerung des Abonnements für März noch nicht vorgenommen haben, müssen noch heute das Versäumte nachholen, wenn keine Unterbrechung in der Zustellung der Zeitung erfolgen soll

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

verbandes dürfen auch in Zukunft politische Differenzen nicht ausgetragen werden. Gegen wenige Stimmen wurden sodann die Beiratsbeschlüsse beibehalten und der Ortsverwaltung das Vertrauen ausgesprochen. Einstimmige Annahme fand eine Resolution Eberhardt, die sich gegen die Pflicht- und Zwangsarbeit der Erwerbslosen bei untertariflicher Bezahlung ausspricht. Von den Funktionären verlangt sie, auf Aufhebung der betreffenden Beschlüsse hinzuwirken. Gegen wenige Stimmen der Opposition wurde die Resolution zum Kampf für die Erhaltung des Achstundentages angenommen.

In die interne Verwaltung wurden gewählt: Fr. Prinzke, R. Reimann, B. Polawerk als Revisoren, als Beisitzer W. Thoms, Fr. Bierer, Fr. Reumann, R. Dänzer, R. Bahl, D. Dönnig, Aug. Pohl, Fr. Röder, R. Wächter und Paul Richter.

Zustimmung fanden die Anträge der Ortsverwaltung zur Beitragsfrage, sowie ihre Haltung zur Arbeitszeitfrage. Wegen Streikbruch wurde das ehemalige Mitglied Michael Kadajczak ausgeschlossen.

Der Verlauf der Versammlung hat gezeigt, daß die Fabrikarbeiter Berlins es ablehnen, ihre Organisation in den Dienst kommunistischer Parteiarbeit zu stellen.

Tarifverhandlungen in der Holzindustrie.

Bei den Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Reichsmanteltarifs für die Holzindustrie konnten die Vertreter der Arbeitgeber keine Garantie für die Durchführung und Einhaltung eines neuen Tarifs übernehmen. Der aggressive Standpunkt, der in der Frage der Arbeitszeitverlängerung von den verschiedenen Berliner Unternehmerorganisationen eingenommen wird, scheint von den Organisationen im Reich nicht anerkannt zu werden. Weil keine Einigung zu erzielen war, haben die Arbeitgeber das Reichsarbeitsministerium angerufen. Da inzwischen der Reichstarif abgeschlossen ist, versuchte die Berliner Ortsverwaltung zu einer vorläufigen Neuregelung des Arbeitsverhältnisses zu kommen. Dabei stellte sich heraus, daß die beiden Berliner Arbeitgeberverbände unter sich durchaus uneinig sind. Sie erließen trotzdem aber, wohl zu ihrer Rückbedeutung, am 15. Februar Anschläge in den Betrieben, nach denen das Arbeitsverhältnis jederzeit kündbar ist und in bezug auf die Arbeitszeit die Arbeitszeitverordnung Geltung haben sollte. Die Reichsloge ist nach Auffassung des Holzarbeiterverbandes für die Arbeiter die, daß die Bestimmungen des alten Tarifs bis zum Abschluß eines neuen in Kraft bleiben, da eine offizielle Kündigung nicht erfolgt ist und außerdem die Allgemeinverbindlichkeit besteht. Reuderting wieder ausgenommenen Verhandlungen brachten das Ergebnis, daß die Industriellen eine betriebweise vorzunehmende Regelung der Arbeitszeit vorschlugen, wozu der Holzarbeiterverband sich keine Stellungnahme vorbehielt. Den gemeinsamen Abschluß der Lohnabkommen legten die Arbeitgeber zu. Wie es scheint, nehmen die Unternehmer den Abfall des Reichsmanteltarifs zum Anlaß, die Situation für sich auszunutzen, um einen Kampf zu provozieren.

Eine Funktionärerversammlung nahm zu der Sachlage Stellung und faßte den einstimmigen Beschluß, unter keinen Umständen in Berlin in eine Verlängerung der Arbeitszeit einzuzwilligen, bevor diese Frage nicht im Reichstarif für alle Berufsangehörigen entschieden ist.

Die Arbeitsbedingungen des technischen Bühnenpersonals

Der Verband der Berliner Bühnenleiter hatte der Branchenvertretung des technischen Bühnenpersonals, dem Deutschen Bühnenbund, vorgeschlagen, für den Monat Januar 1924 einen Gehaltsabbau und eine Neuregelung der Arbeitszeit vorzunehmen, da die Theaterunternehmungen die „hohen Gehälter“ der Arbeiter nicht tragen könnten. Dieses Angebot wurde abgelehnt. Die Herren Direktoren unterbreiteten ihre Forderung von 25 Proz. Gehaltsabbau dem Schlichtungsausschuss, welcher am 31. Januar folgenden Schlichtungspruch fällt:

1. Hinsichtlich der tariflichen Entlohnung der Arbeitnehmer bleibt es im Monat Januar bei der für den Monat Dezember 1923 getroffenen Vereinbarung. Vom 1. Februar ab sind die Gehaltsätze um 10 Proz. zu ermäßigen. 2. Hinsichtlich des Manteltarifvertrags wird den Parteien ausgesetzt, nochmals zu verhandeln. Kommt bis zum Sonnabend, den 9. Februar, eine Verständigung nicht zustande, so wird am Montag, den 11., eine Entscheidung des Schlichtungsausschusses über die strittigen Punkte herbeigeführt werden.

Der 10prozentige Gehaltsabbau für den Monat Februar wurde von der Verhandlungskommission abgelehnt. Die Arbeitgeber beantragten sofort die Verbindlichkeit des Schlichtungspruchs beim Oberprüflicher. Die Verhandlungen beim Oberprüflicher betreffs des Manteltarifs und Gehaltsabbau führten zu folgendem Beschluß:

Es erfolgt ab 1. Februar 1924 ein 5prozentiger Gehaltsabbau für die Gruppen a bis g; für die Gruppen h bis m erfolgt kein Abbau. Der Spitzenlohn beträgt in Gruppe a 123 M., in Gruppe b 123,50 M. in Gold pro Monat. Die Gehaltsvereinbarung soll bis zum 31. März 1924 und stillschweigend je einen Monat weiter gelten, sofern sie nicht von einer der Parteien acht Tage vor Monatschluß gekündigt wird. Nach einigen Abänderungen betreffend die Arbeitszeit im neuen Manteltarif wurde dieser in der am Sonnabend stattgehabten Branchenversammlung einstimmig angenommen. Die Dauer des Tarifstreiks gilt bis einschließlic 30. September 1924.

Der Kampf der Gastwirtsgehilfen in der Stern-A.G.

Vom Zentralverband der Hotel-, Restaurant und Café-Angestellten wird uns geschrieben:

Die Betriebe Café Stern, Oranienburger Tor, Ecke Friedrichstraße, Café Lipoli, Chausseestraße 25, Wiener Café, Potsdamer Straße 57, und Café Sorrent, Hochbahnhof Schleifisches Tor, sind gesperrt.

Auf Grund der am gestrigen Tage von uns verteilten Flugblätter hat die Firma in ihren Schaufenstern ein Plakat ausgehängt, in dem sie behauptet, daß die in ihren Betrieben beschäftigten Arbeitnehmer acht Stunden pro Tag arbeiten. Die 170 beschäftigten Arbeitnehmer arbeiten tatsächlich 57 bis 60 Stunden pro Woche und bekommen 48 Stunden bezahlt. Das beweisen die Lohnlisten der Stern-A.G. Wir fordern die Interessenten auf, entsprechend dem Plakat der Firma sich diese Lohnlisten zeigen zu lassen. Die noble Firma spekuliert auf die Leichtgläubigkeit der Berliner Bevölkerung, wenn sie behauptet, sie führe einen nach den gesetzlichen Bestimmungen geregelten Betrieb, wenn sie weiter die lächerliche Behauptung aufstellt, sie überlasse die Regelung des Betriebes ihren Angestellten. Gerade die letzte Behauptung, mit der sie Dumme machen will, setzt die Firma in das rechte Licht. Jedenfalls hat unser erster Hieb getroffen, sonst würde man das Plakat nicht für notwendig gehalten haben und nicht dem Verband den Personalbuchhalter schicken, der die Sache ins reine bringen soll. Was es in Wirklichkeit mit den Bedingungen der Firma auf sich hat, beweist die Tatsache, daß sie die Angestellten warnt, in die gewerkschaftliche Versammlung zu gehen und mit der ecutur i Entlassung zu drohen. Es bleibt dabei: Die Stern-A.G. weist die Angestellten um den verdienten Lohn, ein Betriebsrat wird nicht gebildet, die Vertreter der Gewerkschaft werden hinausgeworfen, Arbeiter, Angestellte und Beamte, übt Solidarität!

Der englische Doktorarbeiterstreik.

London, 20. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Am Mittwoch hat sich im Doktorarbeiterstreik eine günstige Entwicklung angebahnt. Im Laufe der Schlichtungsverhandlungen erklärten die Unternehmer, ihre Haltung erneut überdenken zu wollen. Auf Grund dieses verträge sich das Schlichtsgericht auf Donnerstag. Es bestehen günstige Aussichten auf direkte Unterhandlungen zwischen Arbeitern und Unternehmern. Der Streik ist mitzietelt worden, daß noch am Mittwochabend ein neues Angebot der Unternehmer an die Arbeiter erlassen soll. Trotzdem hat das Kabinett alle Maßnahmen für die Freiführung der Lebensmittelversorgung getroffen und erhebliche Verschärfungen gegen die Bewachung der Bevölkerung durch Wachverordnungen angeordnet.

Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung in England.

Das Unterhaus hat in zweiter Lesung eine Vorlage angenommen, wodurch die bestehenden Gesetze über die Arbeitslosenunterstützung abgeändert werden. Dem Staate wird daraus eine Mehrausgabe von einer halben Million Pfund Sterling erwachsen.

Die Lohnbewegung im Eisen- und Stahlgroßhandel ist beendet.

Nach langen Verhandlungen haben die Arbeitgeber den am 30. Januar gefällten Schlichtspruch angenommen. Ebenfalls wurde in der Frage der Arbeitszeit eine Vereinbarung getroffen. Abgabe im Bureau, Engelauer 24 25, Zimmer 26, gegen Mitgliedsausweis. Deutscher Gewerkschaftsbund.

Achtung, Tabakarbeiter! Die Zigarettenfabrik Masaryk, Berlin, Ritterstr. 9/10, ist wegen Streik für sämtliche Arbeiter gesperrt. Deutscher Tabakarbeiterverband.

In Paris sind die Arbeiter von 70 Schuhfabriken wegen Lohnhöhen in den Ausstand getreten. Die Automobilfabrik Citroen, die etwa 2000 Arbeiter beschäftigt, hat ihre gesamte Belegschaft ausgesperrt.

Deutscher Gelbbitterverband. Sitzung der erweiterten Ortsverwaltung Freitag abend 7 Uhr im Verbandshaus. — Verleger und Rahmenschreiber, Betriebsamtsverordnungen Freitag nachmittag 5 Uhr bei Arach. Waldstr. 21. Bericht von den Verhandlungen.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: J. B. Ernst Reuter; Gewerkschaftsbewegung: B. Reiner; Gesundheit: R. B. Wächter; Unfälle und Sanität: Fr. Katsch; Anzeigen: Th. Glöck; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlag und Verlagsgesellschaft Paul Singer & Co., Berlin SW 66. Lindenstraße 2. Hierzu zwei Beilagen und Brauereiwelt.

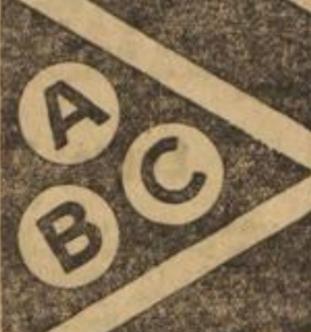
Nährstoffs-Suppe (Rezept Nr. 10)

Die wichtigste Vorschrift hierbei ist die, daß man die Nährstoffs niemals mit der Suppe kochen und überhaupt nie mit einer Flüssigkeit vermengen darf. Man muß die löslichen Nährstoffe nur in möglicher Gleichmäßigkeit auf die fertige Suppe streuen, so daß sie ihre wundervolle körperhafte Ansprüchlichkeit behalten und als einladende goldbraune Schicht trocken auf der Suppe selbst schwimmen, mit der sie sich beim Essen zu einem harmonischen Geschmacksganzem vereinen. Die Nährstoffe erhöhen durch ihren Nährgehalt, ihre Leichtverdaulichkeit und ihren stets gleichen Wohlgeschmack den Genußwert jeder Suppe um ein beträchtliches.

Die Hausfrau lernt den großen Wert der Nährstoffe für die Küche und die Ernährung der Familie mit jedem Tage mehr schätzen. Wer einmal einen Bech mit Nährstoffen gemacht hat, der will sich nie mehr von dieser „neuen Nahrungsart“ trennen. Die an Rohstoffe, Bestimmtheit, Reueinheit und Wichtigkeit einfach unersetzlich. unersetzlich. unersetzlich.

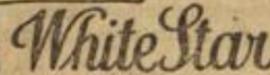
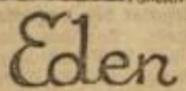
Zu haben in allen einschlägigen Geschäften. Nährstoffs-Rezeptbuch gratis verlangen.

WELTBEKANNTE



BATSCHARI

QUALITÄTSMARKEN

Oktulismus und Hellscherei.

Die Welt ist dumm,
die Welt ist blind,
mich täglich abgeschmachtet.
(Göthe.)

Wir leben bekanntlich im aufgeklärten Zeitalter des Radio, der Relativitätstheorie und der Verjüngungsmethoden von Steinach. Die Welt ist entzückt, es gibt keine Geheimnisse und Wunder mehr — den Ausnahmezustand ausgenommen —, und der ausgeklärte Zeitgenosse wird demnächst eine Reise nach dem Mars zum Schimmelturm genau so selbstverständlich antreten wie heute nach Hakenjoc. Aber gleichzeitig blüht das Geschäft all der vielen, die sich auf die Geheimnisse des Daseins, wie Wahrsagen, Hellscherei, Oktulismus — primitive Leute sagen Zauberei — usw. verstehen und die Zahl ihrer Anhänger ist Legion. Da gibt es die berühmten weisen Frauen die neben anderen nützlichen Künsten aus dem Kaffeekoch und Karten weisagen. Und es ist nicht etwa nur das drömmle Volk, das ihnen zuläuft, sondern Damen der sogenannten besten Kreise gehören häufig zu ihren besten Kunden. Das Geschäft sich loknen muß, beweist die Häufigkeit derer, die es betreiben. In einer Gerichtsverhandlung kamen neulich die Einnahmen zur Sprache die eine Frau Kupfer, bekannt aus riesigen Schieberprozessen, mit Wahrsagen „verdient“ hatte. Es waren Summen, die einen Ministerpräsidenten daneben als Bettelknaben erscheinen lassen.

Spiritismus und Telepathie.

Einen besonders rauen nehmen der Spiritismus und die Telepathie ein. Dieser in Amerika zur Volksfrömmigkeit gewordene Spott der Geistesbeschwörung hat sich in Deutschland noch nicht in so weiten Volkskreisen eingebürgert. Da außerdem diese Beschwörungen meistens in geschlossenen Zirkeln und ohne Entgelt veranstaltet werden, ist hier die Gefahr einer allgemeinen, unheilvollen Verwirrung und Ausbeutung von Vertrauensseligkeit und Dummheit nicht so groß. Immerhin haben auch diese Dinge, besonders in Verbindung mit hypnotischen Experimenten Unruhener, ihre große Gefahr. Der kürzlich in Potsdam festgestellte Fall eines Verbrechens durch Hypnose hat die allgemeine Aufmerksamkeit auf diese dunkle und „gefährliche“ Wissenschaft gelenkt. Aber während es sich doch bei diesen Sachen mehr um Einzelfälle handelt, ändert sich das, wo unter dem Deckmantel „wissenschaftlicher Versuche“ volksgefährlicher Unfug betrieben wird, der bei Tausenden Unheil und Verwirrung anrichtet.

Der Fall Reefe.

Einen besonders typischen Fall für diese Art bietet das Beispiel des Herrn Professors und „Hellschere“ Reefe, über den die letzte Sitzung der Psychologischen Gesellschaft interessante Enthüllungen brachte. Dieser Herr, ein würdiger Geistes von 82 Jahren und von sehr distinguiertem Aussehen, gab jahrzehntelang seine Vorstellungen vor einem illustren Publikum von ganz Europa und Amerika. Er reiste auf einen amerikanischen Diplomatenpost, besah Empfehlungsschreiben und wertvolle Geschenke von geträumten Häuptern und Dollar-Milliardären. Seine hellsehenden Fähigkeiten grenzten scheinbar ans Direkt Unheimliche. Er erzielte alle Gedanken, erdachte schwierige Fälle bei Diebstählen, entzifferte die Geheimnisse der hohen Politik und war ständiger Ratgeber bei allen Großen der Welt. So empfingen ihn u. a. Mussolini, Edison, der König von Italien und Felix Holländer, der ihn in Rillingen kennenlernte und in einem aufsehenerregenden Artikel seine hellsehenden Wunder der Mittelwelt verstandete. Selbst die Fachwissenschaftler affizierte Herr Reefe, vor allem auch Herr Professor Sarend-Noying, während ein anderer Teil, dem allerdings Herr Reefe immer vorzüglich am Wege ring, ihm mit Witzfrauen und Ablehnung gegenüberstand. Worin bestand nun das Wunder? Herr Reefe konnte den Inhalt von geschlossenen Zetteln erraten, die man an seine Schläfe hielt. Er ging dabei immer in gleicher Weise vor, indem er auf 6 Zetteln, die er seinem jeweiligen Besuch überreichte, 6 Frauen von diesem niederschreiben ließ, und zwar die ersten beiden stets konkreten Inhalts — er wählte regelmäßig die Namen der Mutter seines Bruders und eines Jugendfreundes oder Lehrers. Die anderen 4 Zettel erhielten Fragen an

die Zukunft, konnten also dementsprechend auch reger beantwortet werden. Zur begreiflichen Verblüffung seiner Besucher konnte Herr Reefe stets aufs genaueste die betreffenden Namen angeben, die oft nur dem Fragesteller selber bekannt waren und die er in Abwesenheit des Hellschere niedergeschrieben hatte.

Festlegung des Schwindlers.

So war es eigentlich nur ein Zufall, der die Entlarvung dieses modernen Casolito als gewöhnlichen Taschenspieler herbeiführte, und dabei war es nicht einmal ein Mann der Fachwissenschaft, sondern ein Jurist Dr. Birnbaum. Dieser kam nach anfänglicher Verblüffung auf den Gedanken, daß es sich hier um einen Trick handle, weil ihm gewisse Manipulationen des Hellschere mit den Zetteln aufgefallen waren. Er brachte deshalb zur nächsten Sitzung 6 vorbereitete Zettel aus starkem Papier mit, die er dann Herrn Reefe übergab. Durch genaue Beobachtung stellte er fest, daß dieser es verstand, einen eigenen Zettel unter die ihm überreichten zu schmuggeln. Er öffnete dann heimlich unter dem Tisch den ersten Zettel, las den Inhalt und gab die entsprechende Antwort. Und so ging das weiter bis zum Schluß. Die Aufmerksamkeit des Besuchers, auch eine beliebige Methode, verstand er abwesenden durch andauerndes Fixieren, Fragenstellen, verblüffende Bewegungen usw. Daß ihm das bei den meisten seiner Besucher mit bestem Erfolge gelang, ist nicht nur ein Beweis für die außerordentliche Begabung und gut angewandte Menschenkenntnis des Herrn, sondern noch mehr für die mangelnde Beobachtungsgabe der meisten Menschen. Bei Birnbaum kam er allerdings endlich an den Unredlichen. Als dieser keine Schwindeltricks mehr und ihn zur Rede stellte, versprach er zwar, ihm in seiner Wohnung vor geladenem Publikum unüberlegbare Proben seines Hellschere zu geben, zog es dann aber vor, heimlich abzureifen. Uebrigens holte kurz vor Kriegsausbruch schon Professor Meyer ganz ähnliche Erfahrungen wie Dr. Birnbaum gemacht und auch einen Artikel in einer Fachzeitschrift veröffentlicht, der aber infolge der Kriegswirren keine weitere Beachtung fand.

Das gläubige Publikum

Weshalb tut das meiste, um immer neue Schwindler zu ermutigen. Die liebe Neugier, die Sucht nach dem ungewöhnlichen Erlebnis, Aberglaube, Sensationshunger und träge Dummheit, alles wirkt zusammen bei der Zahl jener, die nicht alle werden. Aber selbst bei jenen, die kritisch und unbefangenen sich mit Oktulismus beschäftigen, wirkt oft, wenn auch unbewußt, der eigene Wunsch nach dem Wunderbaren, nach dem Unmöglichen, das möglich werden soll oder sein soll. Denn die Fama hat Suggestivkraft, und es ist schwer, sich ihr zu entziehen. Ein kleiner Beweis dafür war das Verhalten einiger Damen und Herren des Herrn Reefe, die mit christlicher Entrüstung gegen die offensichtlich-klarere seiner Schwindeltricks protestierten und die ungläublichsten Dinge von seiner Hellscherei und persönlich erlebten Wundern erzählten. — Jeder Psychologe weiß dabei nur zu gut, welchen Wert solche Aussagen haben. Es ist ja auch eine alte Rechtsmaxime, daß Zeugenaussagen mit größter Vorsicht aufzunehmen sind.

Wenn Herr Professor Reefe nun auch wirklich für eine Zeitlang in Deutschland ausgespielt hat — die Welt ist groß, und er wird sicher in den Augen seiner Gläubigen durch die ungerechten Zweifel profaner Kritik nur noch gewinnen.

Weiterer Aufruf des preussischen Notgeldes.

Nachdem bereits die Städte des wertbeständigen preussischen Notgeldes über 420 und 210 Goldmark aufgerufen worden sind, werden nunmehr im Einzelnen mit dem Reichsminister der Finanzen die Notgeldscheine des Freistaates Preußen über 1,05 Goldmark = 1/4 Dollar und 0,42 Goldmark = 1/10 Dollar nordamerikanischer Währung lautend vom 20. Februar 1924 ab zur Einlösung aufgerufen. Die Einlösung erfolgt bis zum 19. März 1924 einschließlich bei der von der Generalstaatskasse hierfür besonders eingerichteten Unterverwaltung (Notgeldstelle des Preussischen Finanzministeriums, Berlin, Dravertstr. 108 B) und sämtlichen staatlichen Kreiskassen und den Regierungshauptstellen.

Hundefänger.

In Berlin besteht seit langem die Hundesperre, die vom Polizeipräsidenten verhängt worden ist, verhängt werden mußte, um die großstädtische Bevölkerung vor Gefahr und Schaden an der Gesundheit zu bewahren. Wie man sieht, eine durchaus einwandfreie Angelegenheit und notwendige Sache, über die früher keiner weiter geredet, oder um derentwillen man sich gar aufgeregt hätte. Heute ist das natürlich wesentlich anders, denn heute ist die Hundesperre von dem Polizeipräsidenten verhängt, und an dem „Roten“ reibt sich bekanntlich die rechte Seite des Haukes und ihre Presse gar zu gern. Die Herrschaften müssen nur leider immer wieder zu ihrem Bedauern einsehen, daß sie wirklich und in Wahrheit weder Grund noch Ursache haben, zu klagen und sich zu beschweren, und da müssen halt allerlei konstruierte Gebilde herhalten, gegen die diese modernen Don Quixotes Sturm laufen.

So ähnlich verhält es sich auch mit der Hundesperre. Die Nationalisten können natürlich unmöglich die Verhängung der Hundesperre bekämpfen, denn damit würden sie sich ja blamieren bis auf die Knochen. Das tun sie zwar auch sonst häufig genug, aber gerade hier, wo es sich um Leben und Gesundheit handelt, sind sie ein wenig vorsichtiger. Indessen, reiben sich man sich natürlich wegen der Hundesperre an dem roten Polizeipräsidenten und das geschieht gewissermaßen auf indirektem Wege und in verdeckter Weise, indem man auf die Hundefänger schimpft! Daß im übrigen der Polizeipräsident mit den Hundefängern nicht das geringste zu tun hat, bekümmert diese Edlen der Nation absolut nicht. In der Berliner Rechtspreffe findet man immer wieder Ergüsse über die Rohheit der Hundefänger und schöne sentimentale Ergüsse über die Schläue von Ami und Jäar und Bella, die es verstanden haben den Schlingen der Hundefänger zu entschlüpfen. Zugegeben, daß es unter den Hundefängern Rohlinge gibt — rohe Menschen gibt es schließlich in jedem Beruf — sollten doch die Herrschaften von rechts lieber einmal bedenken, was es heißt, Hundefänger zu sein. Obwohl sie doch dafür sorgen, daß Hunde nicht ohne Maulkorb herumlaufen und Menschen beißen, werden sie verachtet und scheel angesehen, fast gerade so, wie früher der Henker. Ja, manche Menschen betrachten die Hundefänger geradezu als Bersemiten, und man hält es für selbstverständlich, daß man ihnen einen bösen Streich spielt. Aber niemand denkt daran, daß diese Leute durch die Belästigung als Hundefänger doch weiter nichts wollen, als sich den Lebensunterhalt erwerben. Sie werden außerdem miserabel bezahlt, und es gehört gewiß nicht zu den Annehmlichkeiten des Lebens, sich bei jedem Wetter auf den Straßen herumtreiben zu müssen. Es kommt hinzu, daß sich unter den Hundefängern häufig Menschen befinden, die infolge von schwacher Gesundheit und schwächlicher Körperkonstitution, zum Teil als Folge des Krieges, zu einer anderen und schweren Arbeit untauglich sind. Indessen, auch sie haben ja Familie und wollen leben.

Also Vorsicht mit den Angriffen gegen die Hundefänger.

Die tierärztliche Gesellschaft zu Berlin hat in ihrer letzten Sitzung, veranlaßt durch die Zunahme der Tollwutfälle in Berlin und den Vororten und durch den tragischen Tod eines 15jährigen jungen Mannes am 22. Januar, der am 20. November 1923 durch einen unbekannten Hund gebissen und nicht schutzgeimpft war, den Beschluß gefaßt, ihre Stimme zur Aufklärung der Öffentlichkeit und zur Wahrung des wirklichen Interesses der Hundebesitzer zu erheben. Die immer wieder auftretende Behauptung Unverantwortlicher, daß es gar keine Tollwut sei, und es sich nur um die Schläue der Polizei handle, ist ja leider durch die zwei bekanntgewordenen Todesfälle beim Menschen gründlich widerlegt. Wenn man bedenkt, daß jeder Tollwutfall nur durch die mikroskopische Untersuchung und Impfung im Institut für Infektionskrankheiten, einer unabhängigen wissenschaftlichen Forschungsstelle, festgestellt wird, und daß die Polizei nur als ausführende Organ die Vorschriften des Reichs-Viehseuchengesetzes durchzuführen hat, so sollen alle diese Behauptungen und Verdächtigungen in sich zusammenfallen. Die Polizei hat nur die Exekution und Schreiberlei davon und wäre froh, diese Last loszuwerden. Der allerdings lästige Maulkorb- und Leinwandzwang muß so lange bestehen bleiben, bis das Gesetz selbst durch den Reichstag und Reichsrat nachgeprüft und evtl. geändert wird; nur der Reichs-

(Nachdruck durch Volk-Verlag, Berlin.)

Der Bürger.

Von Leonhard Frank.

Jürgen konnte nicht durchatmen, als wären seine Lungen luftgefüllt und hermetisch verschlossen. Konnte nur vom Halbe weg atmen. „Lebenslang außerhalb des Lebens zu stehen bedeutet es. Und nur ein winziges Teilchen der großen Bewegung zu sein und gewesen zu sein.“ Der Druck in seiner Brust wich nicht.

Sie gerieten in die Menge hinein, die das Theater verließ und dem Korso zustrebte. Es war erst zehn Uhr. Vor allen Cafés saßen die Gäste im Freien. Auch vor dem Grandhotel ruhten elegante Herren und elegante Damen in Korbfesseln und genossen die herrliche Sommernacht. Auf der funkelnden Weinterrasse, blumenüberhängen, von der Straße leicht abgefordert durch Vorbeerbäume, rollten die Kellner lautlos die Servierwagen an und ab, tranchierten Geträgel, öffneten Weinsäfen. Zu Verbeugungen erstarrte Fragen. Das Streichquartett spielte diskret.

Die vier Bogenlampen über des Juweliere Schaufenster spritzten weißes Licht in die Menge — Studenten, junge Kaufleute, Fremde und Offiziere mit ihren Kokotten und Damen —, die strahlend, strahlend bummelte, in so gemächlichem Tempo, daß die zehn wie ein marschierender Fremdkörper wirkten. Vor dem Juwelier blieben sie stehen. Alle zehn. Jürgen mit dem Blick zur Weinterrasse.

Plötzlich bekam er einen Schlag gegen das Herz. Sagte zweimal den Satz: „Das ist es ja nicht. Das ist es ja nicht.“ Sah an sich hinunter, überzeugte sich, daß er sorgfältig gekleidet war, und drehte sich wieder um zum Schaufenster.

„Also, auf morgen!“ rief der Holzarbeiter noch zurück und schälte bekannt und dennoch fremd.

Die erste Geige sprang mit einem unerwarteten, funkelnden Salkomortale aus der Begleitung heraus, jubelnd empor. Ein übriggebliebener Gedanke irrte noch in Jürgen umher, wurde immer wieder zurückgestoßen, schrie lautlos und geend das Wort „Schicksalspause“. „Das ist es ja nicht. Das ist ja unwichtig.“ murmelte Jürgen und zog die Handschuhe über.

Erst als er schon vor einem weißgedeckten Tischchen auf der Weinterrasse saß, gegenüber zwei schweigenden, schönen Engländerinnen, bemerkte er Adolf Sinsheimer und noch drei Schulkameraden, die, elegant zurückgelehnt, ihre seidenen

Strümpfe sehen ließen und, die ganzen Oberkörper langsam vorbeugend, Jürgen grüßten. Er setzte sich zu ihnen.

Stand sechs Stunden später auf der Straße. Die Vögel pfeiften schon. Die Menschen schliefen noch. „Nun, und jetzt? ... Ich war betrunken.“

Er dachte, von Eitel geschüttelt, an die Szene in dem orientalischen Salon, in dem er mit den Schulkameraden gewesen war. Sah die Annel an, die auf dem Statetenzaun saß. Seine Anie wurden weich. Er mußte sich auf die Steintrappe setzen. „Das Ganze hat nicht mehr und nicht weniger zu bedeuten, als mein imaginäres Duell mit Karl Venz.“

Die Annel sperrte weit den gelben Schnabel auf: „Das stimmt. Und stimmt doch nicht.“

„Denn einmal, meinst du, nicht wahr ...“

„Eben das meine ich!“

Jürgen hatte das Empfinden, in die Tiefe zu stürzen, und fuhr aus dem Schlummer. „Wenn das so weiter geht, so werde ich einmal nichts mehr selbst entscheiden können. Das Schicksal wird mir keine Pause mehr gewähren.“

Am Nachmittag — sie hatten eben Kaffee getrunken — blickte Jürgen nachdenklich die im Sessel schlummernde Tante an, lehnte sich auch in den Sessel zurück, Wange auf dem gekälerten Schuhdeckchen.

Die Heiligenbilder an den Wänden hielten die segnenden Hände erhoben über die beiden. Auch der Vogel im Käfig ließ die Schlafhäuten über die Augen herab. Die blauen und silbernen und goldenen, topfgrünen Glasvögel im Garten funkelten in der Nachmittagssonne. Eine Wolke zog still am Himmel hin. Der Perpendikel sagte: Rich...tig, rich...tig.

Das fadendünne Drahtseil ließ von Jürgen bequemem Bodenstuhl weg, in viel tausend Meter Höhe nordwärts an den in Not und Kampf Stehenden dieser Welt. Jeder hielt sein gepeinigtes Herz in der Hand. Da, wo das Seil endete — in ungeheurer weiter Ferne — leuchtete Katharinas Stube. Auf Jürgen zu, in blauer, gefährlicher Höhe, bewegten sich die neun Proletarier und erwarteten Jürgen so gläubig, daß er nicht widerstehen konnte, das fadendünne, schwindelhohle Seil ebenfalls zu besteigen.

Ein paar Meter vor ihm balancierte, vom Absturze bedroht, ein Mensch auf dem Seile. Jürgen erkannte in dem gefährlich Schwankenden sich selbst, rief sich an in kaltem Schrecken.

Da marschiert er mit den neun Proletariern den Korso hinauf, sieht die promenierte Menge, die vier lichtspritzenden Bogenlampen über des Juweliere Schaufenster. Hört die Streichmusik, erkennt die Melodie.

Die Schicksalspause tritt ein.

„Also, auf morgen!“ sagt der Holzarbeiter.

Diese photographische Genauigkeit! Ich sah im Traume sogar die gelbe Rose in Adolfs Knopfloch, deren tatsächliches Vorhandensein mir gestern nicht einmal in der Wirklichkeit bewußt geworden war, denkt Jürgen, der träumte, erwacht zu sein. Steckt sich die Rose ins Knopfloch.

Sieht mit Adolf Sinsheimer und den drei Schulkameraden auf der Weinterrasse. Plötzlich verblühen sich die vier Körper in einen Körper, auf dessen Hals die vier Köpfe stehen.

Alle vier Gesichter haben denselben zotigen Zug um den Mund, denkt Jürgen. „Wie Männer, wenn sie eine wehrlose Frau auf der Straße ansehen. Denselben, das Menschenauge schändenden Blick, den kein Tier dieser Erde hat.“

Alle vier Mäuler gleichzeitig sprechen ein furchtbares Wort: Ein Menschenschrei, gefangen im Kellergewölbe. Dann nimmt der Bierköpfige ein kleines Küchenmesser mit brauner Holzschale aus der Westentasche und stemmt Jürgen's Schädeldecke auf.

Die Hauptmasse des Gehirns reißt er mit der Hand heraus. Das hängengebliebene trägt er mit dem Küchenmesser sorgfältig ab.

Dabei hört der zu maßlosem Entsetzen Erstarrte die erste Geige im Weinterrastaurant jubelnd in die Höhe steigen.

Der Bierköpfige wickelt ein sorgfältig verpacktes, neues Gehirn aus, um das herum — wie um eine Sektflasche die Steuerbanderole — das Fabrikzeichen klebt, preßt es in Jürgen's offenen Kopf hinein und paßt die Schädeldecke wieder auf.

Schmerz und Entsetzen verschwinden augenblicklich.

Die Schulkameraden sind jetzt wieder alle vier da. Als fünfter sitzt Jürgen bei ihnen, spricht wie sie, denkt, lacht wie sie, hat denselben zotigen Zug um den Mund, denselben Blick, weiß das alles und fühlt sich wohl dabei.

Nur der Menschenschrei im Kellergewölbe, der wie gefangener Gesang klagend weiter tönt, stört ihn. Deshalb leert er die bis zum Rande mit Sekt gefüllte große, weiße Kaffeetasse auf einen Zug. Steht plötzlich in dem orientalisches ausgestatteten Salon, in dem fünf halbbedeckte Mädchen auf Ottomanen liegen. Schaudert zurück, weil die Brüste mit kurzhaarigem Pelze bewachsen sind. Und erwachte wirklich.

Der Vogel und die Tante schliefen noch. Und die still am Himmel hinhziehende Wolke hatte noch nicht einmal die Krone des Ruhbaumes im Garten passiert. Dieselbe Fliege lag noch auf der weißen Kaffeetasse und laugte an demselben Tropfen, der an dem Schnabel hing.

(Fortsetzung folgt.)

Wirtschaft

Der Reichsindex für die Lebenshaltung.

(1913/14 = 1)

Durchschnitt Dezember	1 247 000 000 000
Januar	1 100 000 000 000
3. Dezember	1 515 000 000 000
10. "	1 269 000 000 000
17. "	1 163 000 000 000
22. "	1 150 000 000 000
29. "	1 147 000 000 000
7. Januar	1 130 000 000 000
14. "	1 110 000 000 000
21. "	1 080 000 000 000
28. "	1 060 000 000 000
4. Februar	1 040 000 000 000
11. "	1 030 000 000 000
18. "	1 010 000 000 000

Steigerung gegenüber der Vorwoche 1 Proz.

Auch die Großhandelspreise stiegen. Die auf den 19. Februar berechnete Großhandelsziffer des Statistischen Reichsamts ergibt gegenüber dem Stande vom 12. Februar (113,4) eine Steigerung um 1,8 Proz. auf 117,5. Von den Hauptgruppen stiegen die Lebensmittel von 99,7 um 3 Proz. auf 102,7. Die Hauptgruppe der Industriestoffe blieb mit 145,1 nahezu unverändert, ebenso die Gruppe Rohle und Eisen mit 137,3. Die Inlandswaren stiegen von 103,7 um 2 Proz. auf 105,8 und die Einfuhrwaren von 174,1 um 1 Proz. auf 175,8.

Trotz Lohn- und Gehaltsabbau hat die langsamste und geringe Senkung der Lebenshaltungskosten sich nicht fortgesetzt, ja sogar einer neuen, wenn auch zunächst geringfügigen Steigerung Platz gemacht, die hauptsächlich auf die vorübergehende Wertverminderung im Ausland zurückzuführen ist. Bei Einführung von Schutzzöllen würde man noch ganz was anderes erleben können.

Fusel statt Kartoffeln.

Deutschland müßte wichtige Ackerbaubetriebe abtreten. Um die Ernährung einigermaßen sicherzustellen, sind wir gezwungen, mit unseren Ernten hauszuhalten und die Einfuhr zu steigern. Trotzdem ist es bis heute noch nicht gelungen, die Bevölkerung ausreichend zu versorgen. So stehen pro Kopf und Jahr annähernd 573 Kilo Kartoffeln gegen 700 Kilo im Jahre 1913 zur Verfügung. Aber dieses Ergebnis konnte nur erreicht werden, indem die Verarbeitung von Kartoffeln in der Industrie, besonders im Brennereigewerbe, eingeschränkt wurde.

Die Kontingentierung der Alkoholverzeugung aus Kartoffeln ist also im Interesse der Volksernährung selbstverständlich. Anders denken aber die deutschen Brenner und vor allem die noch höheren Kartoffelpreisen künftigen Kartoffelproduzenten. Zur großen landwirtschaftlichen Woche, die augenblicklich in Berlin stattfindet, gehört auch der deutsche Kartoffeltag. Die Kartoffelbauer fordern da in einer Resolution die Aufhebung der §§ 3 und 4 der Verordnung vom 24. August 1920, durch die die gewerbliche Verarbeitung von Kartoffeln eingeschränkt wird. „Wir erwarten“, so heißt es in der Entschliebung, „daß der Tag nicht mehr als ein feststimmendes Urteil über die freie Selbstbestimmung der Kartoffelbauern wird.“

Auf der einen Seite fordern die Agrarier durch Schutzzölle und Einfuhrverbote Zwangsmaßnahmen gegen den freien Handel, auf der anderen Seite sinnen sie das Hebelstünd der freien Wirtschaft, um den Hungernden die Kartoffeln vorzuenthalten und mehr Fusel herstellen zu können. Wir müssen von der Regierung erwarten,

daß sie diesem Sirenenruf nicht folgt. Die Gründe, die gegen eine Aufhebung der Kontingentierung sprechen, sind sehr erheblich und gehen aus der folgenden Zusammenfassung über Produktion, Ein- und Ausfuhr von Kartoffeln deutlich hervor:

Produktion im heutigen	1913	1923	1923
Deutschland	440 176 582	406 658 000	325 700 000
Einfuhr	8 820 386	1 676 010	1 740 222
Ausfuhr	8 812 987	671 642	209 092

Die der Bevölkerung zur Verfügung stehenden Kartoffelmengen haben sich also gegenüber 1913 um gut 35 Millionen Doppelzentner verringert. Das Defizit könnte durch Einfuhr nicht gedeckt werden. Die Verhältnisse werden sich infolge der Devisenmisse in absehbarer Zukunft auch nicht ändern. Also wird man immer mit einem Rückgang des Kartoffelverbrauchs zu rechnen haben, der 1923 bereits 23 Proz. beträgt. Da die deutsche Bevölkerung Nahrungsmittel, aber nicht stärkehaltigen Fusel braucht, kann eine Aufhebung der Kontingentierung überhaupt nicht in Frage kommen.

Der Frankfurter.

London, 20. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der Kurs des französischen Frank war an der hiesigen Börse heute 163,55 Frank für ein Pfund Sterling. (Friedensparität 25 Franken.)

Ermäßigung der Gütertarife gefordert.

Der ständige Ausschuss des Reichseisenbahnrats hat einen Antrag auf Ermäßigung aller Tarife der Normaltarifen nach Klassen gefasst, um 20 bis 10 Proz. angenommen. Die Ermäßigung vom 20. Januar von 8 Proz. ist in diesen Zahlen bereits enthalten. Für den Kohlentarif wurde eine Ermäßigung um 25 Proz. und einige besonders tarifliche Erleichterungen gewünscht. Zum Wiederaufbau des Wirtschaftslebens sollen weitere Ausnahmetarife eingeführt bzw. vorhandene weiter ausgebildet werden, namentlich für Düngemittel, den Wasserumschlag und für die Seehäfen. Die Gütereinstufung soll überprüft werden auch unter dem Gesichtspunkt der Ueberführung bestimmter Güter in höhere Tarifklassen. Es soll der Verwaltung überlassen bleiben, zu prüfen, ob und inwieweit der Antrag finanziell durchgeführt werden kann. Hinsichtlich der Personentarife trat der Ausschuss der (Lehrer-) Vorlage der Verwaltung bei; Schnellzugzuschläge und Zeitkartenpreise bleiben unverändert. Die Proradnung über die Schaffung des Unternehmens „Deutsche Reichsbahn“ behält bei Veränderung der Höhe der Normaltarife der Reichsregierung die Mitwirkung vor.

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Kleidung) beträgt nach den Rechenarbeiten des Statistischen Reichsamtes vom 19. Februar das 1,04-fache des Wertes der Vorwoche, Steigerung gegenüber der Vorwoche (1,03-fache), demnach 1,0 v. H.

Eine deutsch-englische Versicherungsgemeinschaft ist zwischen der Frankfurter Allgemeinen Versicherungs-Gesellschaft und der Commercial Union in London auf 10 Jahre abgeschlossen worden. Beide Versicherungsunternehmungen beteiligen sich gegenseitig an ihrem Versicherungsgeschäft.

Die Kreditpresse gegen die Firma Leopold Seligmann in Koblenz, die sich großer Verluste wegen der Devisenveränderung schuldig gemacht hat, ist von der Reichsbank aufgehoben worden und zwar weil die Devisenläufe ohne Wissen der Bankdirektion von einem Beamten vorgenommen worden seien. In Zukunft kann sich also je der Dank, die „in Devisen macht“ und die Unwissenheit schädigt, auf den Beamten beschränken, der ohne Wissen der Bankdirektion handelt. Die Reichsbank hat anscheinend für solche faulen Anreden Verständnis.

Ein leichter Rückgang der englischen Kohlenzufuhr macht sich im Hambroer Hafen durch den englischen Lohndruck bemerkbar. Stark fühlbar wird der englische Streit erst am Ende der Woche werden, wenn die englischen regelmäßigen Bodenliniendampfer anlaufen werden. Wieht ist in dieser Fahrt noch kein Anfall zu verzeichnen.

Stark fühlbar wird der englische Streit erst am Ende der Woche werden, wenn die englischen regelmäßigen Bodenliniendampfer anlaufen werden. Wieht ist in dieser Fahrt noch kein Anfall zu verzeichnen.

Groß-Berliner Parteinrichten.

Stadtvorordnetenfraktion.

Gente, Donnerstag, vor der Stadtvorordnetenfraktion wichtige Fraktionsbesprechung. Alle Mitglieder müssen pünktlich um 7,5 Uhr anwesend sein.

Die Sammelstellen zur Reichstagswahl sind allen Abteilungs-kassieren bereits zugestellt worden. Es muß mit größtem Eifer darauf gesammelt werden. — Die Quittungskarten müssen von den Kassieren sofort eingeschickt werden, damit wir Garantie dafür haben, daß auch alle Sendungen eingetroffen sind. — Die politischen Vertrauensleute der Betriebe werden gebeten, die notwendige Anzahl Sammelstellen sofort bei ihrem Abteilungsleiter abzuholen.

J. K.: Alex Pagels.

Mitglieder der SPD-Mitglieder des Kreises Kreuzberg, Kreuzfeld und Köpenick, den 21. Februar, abends 8 Uhr, im Reichsberger Hof, Reichsberger Str. 147 (Röhre Kartoufer Str.), Thema: „Die dritte Steuer- und Wahlenreform und die Arbeiterbewegung“. Referent: Genosse Langenbrunn.

Arbeitervereine des Kreises Kreuzfeld, den 21. Februar, abends 8 Uhr, im Reichsberger Hof, Reichsberger Str. 147 (Röhre Kartoufer Str.), Thema: „Die dritte Steuer- und Wahlenreform und die Arbeiterbewegung“. Referent: Genosse Langenbrunn.

1. Kreis Mitte, den 21. Februar, abends 8 Uhr, im Reichsberger Hof, Reichsberger Str. 147 (Röhre Kartoufer Str.), Thema: „Die dritte Steuer- und Wahlenreform und die Arbeiterbewegung“. Referent: Genosse Langenbrunn.

16. Kreis Weiden, den 21. Februar, abends 8 Uhr, im Reichsberger Hof, Reichsberger Str. 147 (Röhre Kartoufer Str.), Thema: „Die dritte Steuer- und Wahlenreform und die Arbeiterbewegung“. Referent: Genosse Langenbrunn.

Heute, Donnerstag, den 21. Februar:

25. Abt. Die Reichstagswahl werden erklärt, die Wahlen der SPD-Kommunisten werden erklärt, die Wahlen der Sozialen Arbeiterbewegung werden erklärt.

Morgen, Freitag, den 22. Februar:

44. Abt. 7 Uhr bei Ewald Sitzung der Mitglieder, die in der Wohlfahrts- und Jugendkommission tätig sind oder sein wollen. 45. Abt. 7 Uhr bei Ewald Sitzung der Mitglieder, die in der Wohlfahrts- und Jugendkommission tätig sind oder sein wollen. 46. Abt. 7 Uhr bei Ewald Sitzung der Mitglieder, die in der Wohlfahrts- und Jugendkommission tätig sind oder sein wollen.

Koch & Seeland

unermüdetlich in der Leistung!

Kammgarnstoffe „Reinwolle“ 15.—

das Beste im Tragen . . . Mr.

Velour de laine „Tuche“ 10.—

für Damen-Kostüme, Mäntel . . Mr.

Seestraße 20/21, Seign. 1893

Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Theater
Opernhaus
7 Uhr: Othello
Opernhaus
am Königsplatz
7 U. D. r. Wallenschied

Schauspielhaus
7 1/2 Uhr: Die Empörung d. Lucius
Schiller-Theater
7 1/2 U. Peer Gynt

Deutsch-Theater
7 1/2 Uhr: Die Rächer der Pandora

Kammeroper
7 1/2 Uhr: Der Nöblich

Theater I. d. Königgräzer Str.
7.30 Uhr: Sommer-nachtstraum

Komödienhaus
8 Uhr: Jolandas letztes Abenteuer

Th. i. Admiralsplatz
Allabendlich 7 1/2 U. Dranter und drüber

Deutsch-Opernhaus
7 Uhr: Tannhäuser
Emanuel List-Wien

Intimes Theater
8: Der Händlcr
Der Schrei u. w.

Métropol-Theater
7 1/2 Uhr: Marietta
Operette v. Kol. o.

Neues Theater a. Zoo
7 1/2 Uhr: LILLY FLOHR
in Meine Tochter Otis

Neues Volkstheater
8 Uhr: Der Graf von Luxemburg

Renaissance-Theat.
8 U. Revolutionshochzeit

Thalia-Theater
7 1/2 U. Frauquita
Kam. S. Jodowker.
aria Sera

Theater „Lohnschmerz“
Geschlossen wegen Vorbereitung zur Premiere

Wallner-Theater
7 1/2 Uhr: Mad. Pharaon
aria, Leuk.
Blind, Läufer,
Ritter

Lustspielhaus
8 U. r. Vorlesung:
Karl Kraus

Neues Operetten-Th.

Täglich 7 1/2 Uhr:
Die Guido Thielscher
verlegte Nacht

Schauspielhaus
7 1/2 Uhr: Die Empörung d. Lucius
Schiller-Theater
7 1/2 U. Peer Gynt

Deutsch-Theater
7 1/2 Uhr: Die Rächer der Pandora

Kammeroper
7 1/2 Uhr: Der Nöblich

Theater I. d. Königgräzer Str.
7.30 Uhr: Sommer-nachtstraum

Komödienhaus
8 Uhr: Jolandas letztes Abenteuer

Th. i. Admiralsplatz
Allabendlich 7 1/2 U. Dranter und drüber

Deutsch-Opernhaus
7 Uhr: Tannhäuser
Emanuel List-Wien

Intimes Theater
8: Der Händlcr
Der Schrei u. w.

Métropol-Theater
7 1/2 Uhr: Marietta
Operette v. Kol. o.

Neues Theater a. Zoo
7 1/2 Uhr: LILLY FLOHR
in Meine Tochter Otis

Neues Volkstheater
8 Uhr: Der Graf von Luxemburg

Renaissance-Theat.
8 U. Revolutionshochzeit

Thalia-Theater
7 1/2 U. Frauquita
Kam. S. Jodowker.
aria Sera

Theater „Lohnschmerz“
Geschlossen wegen Vorbereitung zur Premiere

Wallner-Theater
7 1/2 Uhr: Mad. Pharaon
aria, Leuk.
Blind, Läufer,
Ritter

Lustspielhaus
8 U. r. Vorlesung:
Karl Kraus

Central-Theater
Alte Jakobstr. 3
Tagl. 8 Uhr
Die Novität
Der dumme August

Rose-Theater
D. Glücksmädel

Komische Oper
Via endlich 7 1/2
Die größte Revue
des Kontinentes:
Die Welt
ohne
Schleier

SOVA
14 g. 8 Uhr
12
VARIETE-
KUNSTKRAEFTEN

Große Volksoper im Theater des Westens

7 Uhr: Boris Godunow

Täglich Kammer-Oper
4 Uhr: Lützow-Str. 11

Wald-Theater
Der neue Schläger
Die Mail vom Steinhof

Walhalla
Theater
Wendeburgstr.

15 Weltattraktionen

Th. a. Köpenick, Tor
Täglich 7 1/2 Uhr
u. Sonnt. nachmittags 4 Uhr
Elte-Sänger
Der neue Febr.
Pr. rimm!

Leidhaller Th.
Tägl. 7 1/2 U.
Sonnt. 4 U.
Stettiner
Sänger

Direkt an Private

3 Stück Aluminium-Schmortöpfe
1 Stück Aluminium-Wasserkessel
je 6 Stck. Alum.-Löffel, Gabeln und Teelöffel

— schwebel. Ausführung zum Preise von 15 Rentenmk. franco gep. Nachnahme. Alle eigenen Aluminiumwaren ebenfalls prompt und billig. — Preisliste gratis. — Walter Thomas, Northelm (Hannover)

Besonders wirksam sind alle „KLEINEN ANZEIGEN“ in der Gesamtauflage des billig!

Sternzwirne, Kohlenzwirne, Baumwollzwirne, Rammzwirne, etc.

Walter Thomas, Northelm (Hannover)

Neue Welt
A. S. C. O. L. Z. Hasenheide 106-114

Täglich
Bockbierfest
in den bayer. Alpen

8 Kapellen / Rutschbahn / Bayer. Madl
Donnerstag, den 21. Febr.

Gr. Schweineschlachten
Spez. Schlachtschlacht

Außerdem
Aufstieg d. Riesen-Luftballons
Fortuna (R. gen. von Elsbainn,
Bockwurst u. w.)

und Großer Alpenball
Einlaß 8 Uhr Anfang 7 Uhr

Für alle Sonnabende im Februar
sind samt. E. Eintrittskart. ausverk.

Sternzwirne, Kohlenzwirne, Baumwollzwirne, Rammzwirne, etc.

Walter Thomas, Northelm (Hannover)

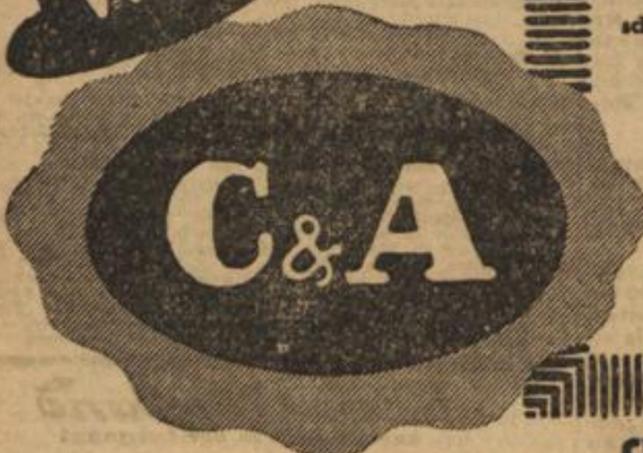
MASSARY
Delft

Edel wie der Name

KON LON



Cheviot-Kleider schon von 7⁵⁰ an	Seidentricot-Jumper Kunstseide schon von 9⁷⁵ an	Donegal-Kostüme schon von 14⁵⁰ an
Gabardine-Kleider schon von 19⁷⁵ an	Strick-Westen in größter Auswahl schon von 10⁰⁰ an	Gabard.-Kostüme schon von 32⁵⁰ an
Donegal-Mäntel schon von 9⁷⁵ an	Wetter-Mäntel schon von 6⁷⁵ an	Zwirn-Covertc.-Mil. schon von 19⁷⁵ an
Covercoat-Mäntel schon von 8⁷⁵ an		Einfarbige Mäntel schon von 14⁵⁰ an



Große Auswahl in Frauen-Kostümen
auch in den weitesten Größen

Fantasie-Röcke schon von 2⁹⁰ an	Velours-Röcke mit sehr geschmackvoll Römerstoff schon von 9⁵⁰ an	Cheviot-Röcke schon von 3⁹⁰ an
---	---	--

Chausseesr. 113
Beim Stettiner Bahnhof
(Untergrundbahnstation)

Königsr. 33
Am Bahnhof
Alexanderplatz



REEMTSMA A.-G.
ALTONA-BAHRENFELD

Die neue Reemtsma-Cigarette

Die trüben Wirtschaftsverhältnisse der augenblicklichen Zeit haben manchen Qualitätsraucher gezwungen, von hochqualifizierten, aber teurer Cigaretten abzugehen. Wir haben versucht, dem Raucher in diesem Widerstreit zwischen Geldbeutel und Qualitätsbedürfnis zu Hilfe zu kommen und eine Cigarette konstruiert, die in ihrer Güte den weitaus meisten Geschmacksforderungen volle Befriedigung bietet wird, und deren Preis trotzdem durch großen Umsatz und modernste Fabrikationstechnik sehr niedrig gehalten ist und daher den gewohnten starken Gebrauch gestattet. Das glänzende Ergebnis des Versuches ist die neue Marke

REEMTSMA
STANDARD
CIGARETTE

die jetzt im Handel erscheint, und auf die wir hierdurch aufmerksam machen wollen.

REEMTSMA
AKTIENGESELLSCHAFT

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Monte, Donnerstag, den 21. Februar:
Branchenvertrauensmännerkonferenzen
Autogenschweißer: Abends 7 Uhr im Verbandslocale (Zimmer 7)
Chirurgische Branche: Nachm. 5 Uhr im Lokal von Hummel, Sophienstr. 8
Orbitarbeiter: Abends 7 Uhr im Verbandslocale, Zimmer 83/85
Einrichter und Revisoren: Mittags aus Eisenformer und Berufsgeossent Abends 6 1/2 Uhr bei Mohr, Rantz 12
Eisenkonstruktions-, Fahrstuhl- und Signalbetriebe: Abends 7 Uhr bei Dams, Schlegelstr. 9
Eisen-, Revolverdreher und Dreherinnen sowie Rundschiesser: Mittags in diesem Monat aus
Elektromonteur und Helfer: Abds. 7 Uhr im Verbandslocale (Zimmer 14)
Emailer, etc.: Abends 6 Uhr bei Doh, Weidstr. 6
Gold- und Silberarbeiter: Nachm. 5 1/2 Uhr im „Dresdener Garten“, Döbener Straße 43a
Gravüre und Zisoure: Nachm. 5 Uhr im „Alexanderhaus“, Alexanderstr. 37a
Gärtner, Kronenschlosser und Kronenklemmer: Nachm. 5 Uhr im „Reichenberger Hof“, Reichenberger Straße 147
Hilfsarbeiter: Abends 7 Uhr im Verbandslocale (Zimmer 6), Sibirerstraße 10
Kobler, Bohrer, Stöcker, Fräser und weiblichen Berufsangehörige: Abends 6 1/2 Uhr im Verbandslocale (Eingangsweg), Zimmer 83/85
Hüttenbetriebe (Hüttenbetriebe): Abends 7 Uhr bei Gentschel, Wilmersstraße 60
Kesselschmiede: Mittags aus Klemper: Nachm. 5 Uhr im Lokal von Jenzler, Weidstr. 12
Maschinenarbeiter: Abends 7 Uhr im „Reichthaler Hof“, Reichthaler Straße 11/12
Mechaniker, Uhrmacher, Optiker, Nicker und Eichenen: Nachm. 5 Uhr im Gewerkschaftshaus (Saal 1), Engelstr. 24/25
Metallformer und Berufsgeossent: Nachm. 4 1/2 Uhr im Lokal von Müller, Schönfelder 46
Metallschleifer und Galvanisierer: Nachm. 5 Uhr im „Ewolds Zeitläden“, Schaller Straße 126
Schmiede: Abds. 7 Uhr im Verbandslocale, Zimmer 83/85
Schliffarbeiter, Stanzer, Presser, Zuschnaider und Arbeiterinnen: Abends 6 Uhr in der Schulstra, Sternstr. 16
Schraubendreher: Abends 6 Uhr im Lokal von Böhm, Schillerstr. 12
Schwarzblech-, Eisenmöbel- und Möbelstoffbetriebe: Abds. 7 Uhr bei Döwese, Rantz 7
Stromerzeugung Industrie und kommunale Betriebe: Abds. 6 1/2 Uhr im Lokal von Böh, Schillerstr. 12
Walzwerker: Mittags aus Werkzeugmacher, Schleifer und -härter: Abds. 6 Uhr im Verbandslocale (Jugendklub), Sternstr. 83/85
Wickler, Isolierer, Imprägnierer, Kollektorbauer, Batterie und Elementenarbeiter: Abends 7 Uhr bei Döwese, Rantz 7
Zigaretten-Maschinenführer und Jettiehandwerker: Nachm. 5 Uhr bei Schutz, Weidstr. 10
Die Sitzung der mittleren Beurlaubung fällt am Freitag, 22. Februar, aus.
Die Ortsverwaltung.

Netzwäsche
6 billige Inlett-Tage 18.-23.

Die von uns angebotenen Artikel sind trotz der kolossalen Billigkeit nur gute Qualitäten, keine sogenannten Rabattware, hervor für daher Ihre Einkäufe tätigen, können wir Ihnen nur dringend raten, sich von der Güte unserer Ware zu überzeugen. Sie sparen hierdurch enormes Geld!

Nach wie vor ist unser Geschäftsprinzip: **Großer Umsatz - kleiner Nutzen!**
Deckelherdige aus Renforcé, bzw. Linnen 4,90 7,10 8,30
Deckelherdige aus best. Linnen 150x200 9,35 10,55 12,00
Bettdecken aus Hauswolle, Duvet-Linnen 2,75 4,30 5,20
Lüchschlappdecken aus Linnen, herri, Garn. 8,50 11,55 14,70
Handtücher für Stube und Küche, 0,55 0,85 1,15
Handtücher, Renforcé und Linnen, Meter 0,75 0,95 1,20

605 Damen-Leibwäsche
in einfacher, mittlerer und eleganter Ausführung.
Besondere Inlett-Angebote.
Inlett-Oberbett, federdicht u. farbecht 11,00
Inlett-Kissen, federd. u. farbecht, 80/80 3,25
Inlett-Oberbett, Körper 2,50
Inlett-Kissen 2,50
Unterbetten aus kräft. Stoff 6,50
Bettvorläufer, federd., farbecht, Dreil. 10,30, 17,75
Körper-Inlett, federd., 80cm Meter 3,05, 2,20
Körper-Inlett, federd., 130cm Meter 4,05, 3,70
Inlett-Oberbett, prima Daunenkopf, in echt stirk. rot, hellblau, fraisen und altgold 23,20
Inlett-Kissen, prima Daunenkopf, in echt stirk. rot, hellblau, fraisen und altgold 6,60
Unterbetten allerbest. Dreil. Farb. wie vor. 22,90
Ein Posten Inlett-Reste enorm billig!

Tafeldecken in Halb u. Reini. 1,6-2,4 Pers. in allerfeinst. Qual. Kaschbedecken u. Gedecke in ausnehmenden Ausführungen. Frühlingsdecken, Satecken u. Badendecken sehr preiswert! Daunendecken u. Steppdecken Inlettbillig! Große Auswahl! Fachmanns, zuverlässige Bedienung! Hotels, Anstalten usw. Extra-Rabatt! Mengenabgabe vorbehalten.

Stumpe Jäger

Aachener Damm 13, Landberger Str. 10, Dresden Str. 10 (Nähellermannpl.) (3 Min. v. Alexanderpl.) (Näh. Prinzenstr. Charlottenburg, Wilmersdorfer Straße 37 (5. Haus von der U-Bahnstation).
Geöffnet von 9-7

Leiterwagen
alle anderen Typen noch eräte liefert billigst.
Großer Vorrat.
Geo g. Wagner
Köpenicker Str. 71.
Tele. 1409/1410

„Weine Frau war über 50 Jahre mit einer böhlichen“
Flechte
Befallt kein gesundes Flechten hatte sie auf dem Urthe. Durch Zucker's Patent-Medizinale-Salbe wurden die Flechten in 3 Wochen beseitigt. Diese Salbe ist tausende wert & M. Dazu Zuckers-Creme (nicht fettend und feithaltig). In allen Apotheken, Drogerien u. Parfümerien erhältlich.

Pfalzinterpellation im Reichstag.

Die gestrige Reichstags-Sitzung, die erste nach der Pause, in der mit Ermächtigungsgesetz und ausnahmsweise Militärvorwahrung regiert wurde, eröffnete Präsident Ebe um 3 Uhr 20 Minuten mit der Feststellung, daß der Reichstag nunmehr, nachdem das Ermächtigungsgesetz am 18. Februar abgelaufen ist, seine Arbeit in vollem verfassungsmäßigem Umfang wieder aufnimmt. Der Präsident gedenkt dann des Ablebens des früheren Direktors beim Reichstag Jungheim.

Neu eingetreten für den ausgeschiedenen Dr. Peterfen ist Abg. Hall-Hamburg (Dem.)

Drei Anträge auf Strafverfolgung des Abg. Wulle (Deutschvölk.) wegen Beleidigung, auch wegen Beleidigung des Reichstags, sowie mehrere andere Auslieferungsanträge gehen an den Geschäftsausschuß.

Vor Eintritt in die Tagesordnung fordert Abg. Borch (Komm.) sofort eine Rechenschaftslegung der Regierung über ihre Verordnungen und größten Gesetzesverletzungen. Es sei unerhört, daß die anderen Parteien sich um eine große politische Aussprache herandrängen wollten, um nicht eine Regierungskrise heraufzubeschwören. Die kommunistischen Anträge auf Aufhebung des Ausnahmezustandes und Befestigung der Notverordnungen müßten sofort auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Abg. Müller-Franken (Soz.) stellt fest, daß man im Reichsausschuß einig darüber war, daß sobald als möglich eine große politische Debatte stattfinden soll. Die Reichsregierung hat sich ebenfalls dazu bereit erklärt, und zwar für die ersten Tage der nächsten Woche. Diese Erörterung brauche daher nicht heute stattfinden.

Die Anträge Borch können nicht auf die Tagesordnung gesetzt werden, da auf der rechten Seite Widerspruch erhoben wird.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der Rechtshilfevertrag mit der Republik Oesterreich.

Außenminister Dr. Stresemann

bringt die Vorlage ein und führt nach sachlicher Empfehlung der Vorlage aus: Ich will nicht die Gelegenheit vorübergehen lassen, ohne dem stammesverwandten deutschösterreichischen Volke aufrichtigen Dank zu sagen für die warmherzige Teilnahme und tatkräftige Unterstützung, die uns in unserer schweren Not gerade von Deutschösterreich zuteil geworden ist. (Beifall) Das österreichische Volk hat sich unter weiser Führung mit außerordentlicher Spannkraft aus seinem tiefen Falle erhoben, und wir hoffen, daß es ihm gelingen, bessere Zeiten zu erleben. Wir hoffen auch, daß wir ihm das erreichen können, was es an uns getan hat zu einer Zeit, als es selbst schwer genug zu ringen hatte. Wir hoffen, daß die freundschaftlichen Beziehungen weiter aufrecht erhalten bleiben, die ja auch ihren Ausdruck finden in diesem Vertrage und die, wie ich hoffe, sich auswirken werden in den demnächst beginnenden Verhandlungen über den deutsch-österreichischen Handelsvertrag, eine Etappe auf dem Wege einer

Immer besseren Verbindung

zwischen unseren beiden Völkern. (Erneuter Beifall.)

Abg. Dr. Reher (D. Sp.) schließt sich namens seiner Fraktion den Worten des Ministers an.

Der Gesandtschaftsbericht wird gleich in allen drei Lesungen einstimmig angenommen, ebenso der Gesandtschaftsbericht über Danziger und meißländische Rechtsangelegenheiten nach welchem Verfahren, die vor der Abtretung von Danzig und Weisnau vor inländischen Gerichten anhängig waren, vor denselben Gerichten fortgeführt werden.

Der Gesandtschaftsbericht über Aenderung der Kraftfahrzeuge-Unterschiedsordnung, wozu auch für die Kraftfahrzeuglinien der Reichspostverwaltung die Genehmigung der Länder einzuholen ist, wird dem Verkehrsausschuß überwiesen.

Die Pfalzinterpellationen.

Auf der Tagesordnung stehen dann die Interpellationen über die Separatistenbewegung in der Pfalz und der deutsch-nationale Antrag betreffend die Aburteilung der des Hochverrats im besetzten Gebiet beschuldigten Personen.

Abg. Hofmann-Subwigshafen (S.) begründet die Interpellationen. Unsere Interpellation macht die Reichsregierung auf die trostlosen Zustände in der Pfalz aufmerksam und bittet um Hilfe. Die Franzosen, die sich ihres parlamentarischen Regimes rühmen, erklären die Immunität der Abgeordneten des Reichstages im besetzten Gebiet für null und nichtig. (Hört, hört!) Marschall Hoch hat in Versailles erklärt: „Wenn wir den Rhein nicht bauernd erhalten, gibt es keine Neutralität und keine

Aburteilung.“ Clemenceau hat ihm darauf geantwortet: „In 15 Jahren werden die Deutschen nicht alle Bestimmungen des Vertrages ausgeführt haben und wenn Sie, Herr Marschall Hoch, mir in 15 Jahren die Ehre geben, mein Grab zu besuchen, werden Sie sagen können: Wir sind am Rhein und bleiben dort.“ Wir wissen aus anderen Erklärungen, daß die Franzosen die Angriffe auf deutsches Gebiet und deutsches Wirtschaftsleben für viel wichtiger halten als Reparationsfragen. In der schweren Zeit der letzten Monate hat uns in der Pfalz die nationalsozialistische Reuterei in Rheinlanden mehr geschadet als genützt. Die Pfalz hat eine kluge und zurückhaltende vaterländische Politik gemacht; das mögen sich die unsollustlichen jüngerer Herren zu Herzen nehmen.

Ohne daß wir ein Fall Hoffmann-Kaiserleutern nicht denkbar und ohne Hoffmann-Kaiserleutern würde es keine separatistische Bewegung gegeben haben. Ich selbst war Augen- und Ohrenzeuge und kann bestätigen, daß Herr Hoffmann und seine Freunde nie daran gedacht haben, die Pfalz von Deutschland loszulösen. Vor dem Oktober 1923 gab es in der Pfalz keine Separatisten. Träger der Separatistenbewegung waren landfremde minderwertige Elemente. Diese Ehrenmänner hatten es nach den von mir geprüften Straßfällen im Durchschnitt auf 20 Vorstrafen gebracht, einer hielt den Rekord mit 35 (hört, hört!), und das nennt man in der französischen Kammer „die Freunde Frankreichs“. Aus der Tatsache, daß die freie Bauernschaft in das separatistische Fahrwasser geriet, erkennt man, wie gefährlich es ist, eine Organisation auf rein zentraler Grundlage zu stellen. Den Antrag über Bestrafung der Hochverräter mit dem Tode sollen wir dem Rechtsausschuß überweisen. Unvereinbar ist es mit dem Friedensvertrag und mit dem Rheinlandabkommen, daß die Franzosen separatistische militärische Formationen bilden, die bis an die Zähne bewaffnet sind. Wenn der französische Ministerpräsident behauptet, daß die französischen Behörden in der Pfalz bisher eine einwandfreie Neutralität beobachtet hätten, so muß ich aus meiner Erfahrung das Gegenteil behaupten. General de Wey hat erklärt, er werde

alle Trümpfe auf die Pfalz loslassen.

bis die bürgerlichen Parteien Vernunft annehmen. Die französischen Bezirksdelegierten Oberst Sappont und andere haben erklärt, daß die Boazisten, die sich den Separatisten nicht fügen, von den Franzosen gemordet werden sollen. Redner führt eine ganze Reihe solcher Behauptungen der französischen Bezirksdelegierten an, die sich auch gerühmt haben, den deutschen Widerstand gegen die Separatisten unter dem Schutze der Franzosen die pfälzischen Städte erobert haben. Die Separatisten haben gemeine Verbrechen, Mord und Raub gegen die Deutschen begangen, gegen keines dieser Verbrechen sind die Befehlshaber der Besatzungsmächte eingeschritten. Die letzten Vorgänge in Birmaßens begreift man, wenn man die Atmosphäre kennt, in der unser Volk lebt; es waren Taten der Notwehr. (Auskunft) Wir haben die Gewähr dafür, daß eine separatistische Herrschaft nicht wiederkehren wird, denn wir haben die deutsche Treue und die innerliche Geschlossenheit. (Beifall)

Abg. Koresl (Dem.) begründet die demokratische Interpellation. Hinter dem ganzen separatistischen Angriff von Trier bis Speyer habe offenbar ein einheitlicher Befehl gestanden und der könne nur aus dem Hirn eines französischen Generalstablers stammen. Die Separatistenunruhen waren mehr als ein Unwetter, sie waren ein Guerillakrieg des Abbaues der Menschheit gegen eine mehrfache Bevölkerung, angezettelt von dem Rohbauvolk der Franzosen. Der Redner begrüßt den deutsch-nationalen Antrag auf Bestrafung der Hochverräter, erwidert aber um Beratung im Rechtsausschuß. Der Redner schildert das harte Los der Ausgewiesenen und appelliert an die übrigen Mitglieder: Wer überhaupt noch Sinn für menschliches Gefühl hat, der verstehe sich in die Lage von Leuten, die ihrer Heimat beraubt sind, nur weil sie deutsch waren! Der Redner bittet um Unterstützung der Ausgewiesenen nach Rückgabe der finanziellen Kräfte des Reiches und um Wiederanstellung der Beamten. Er warnt vor dem plötzlichen Abbruch der Zahlungen der Besatzungsstellen ohne vorhergehende Verhandlungen.

Abg. Schulz-Bromberg (Dn.) begründet den Antrag seiner Fraktion. Es muß eine Bestimmung in unsere Strafprozessordnung hinein, wonach auch in Abwesenheit von Landesverrätern gegen diese verhandelt werden muß. Gegen Landesverräter muß auf Todesstrafe erkannt werden (Beifall rechts).

Nunmehr wird die Weiterberatung auf Donnerstag 2 Uhr vertagt. Inzwischen keine weiteren Vorlagen.

Schluß gegen 6 Uhr.

Nach Beschwerden des Abg. Sobotta (Komm.) spricht

Abg. Haefe-Wiesbaden (Soz.):

Es ist zwar ein kleiner Rückgang in der Zahl der Erwerbslosen und Kurzarbeiter eingetreten; aber noch immer zählen wir 2 Millionen unterstützungsberechtigte Arbeitslose. Geradezu tröstlos ist ihre Lage im besetzten Gebiet, die amtlich angeordnete Stilllegung aller öffentlichen Arbeiten hat sie noch verschlimmert; es gibt dort Leute, die schon über ein Jahr lang erwerbslos sind. Was soll eine Familie mit 2 Kindern bei 7 M. Wochenunterstützung anfangen? In Euskirchen sind 90 Proz. der Bevölkerung erwerbslos. Skandalös ist besonders im besetzten Gebiet das diktatorische Vorgehen der Unternehmerschaft, die den Tarifvertrag überall beiseite und Verkürzung der Arbeitszeit und Verringerung der Löhne durch Ausperrungen und ähnliche Gewaltakte erzwingt. Die Folge von alledem ist nicht Hebung, sondern Herabsetzung der Arbeitsleistung. Die Konsumkraft der arbeitenden Bevölkerung muß gehoben werden, keine Arbeiterfrau kann von den billigen Preisen der „Menschen Woche“ u. dgl. Gebrauch machen, da die Mittel fehlen. Die Sparmaßnahmen des Reiches gehen auf dieses Gebiet zu weit, die Unterstützungssätze sind eben unzureichend und müssen erhöht werden. Die Reichsmittel für Aufforstung von Deichlandschaften sind zu verkleinern. Die „Arbeitspflicht“ der Erwerbslosen, von diesen „Zwangsarbeit“ genannt, hat durch das Reichsgesetz vom 17. November eine Fassung und am 18. Januar eine Erweiterung erfahren, die mir als reichsverfassungs-widrig betrachten, und es sollen sogar Verordnungen in Aussicht stehen, wonach unfertige Wohnungsbauten im Wege der Arbeitspflicht fertiggestellt werden sollen! Dagegen können wir nur den ernstlichen Protest erheben und müssen erwarten, daß solche Anschläge auf das Arbeiterrecht nicht weiter verfolgt werden. Nur, wenn die Wirtschaft wieder in Gang gebracht, nur wenn die Bauwirtschaft mehr belebt wird, ist Hoffnung auf Besserung denkbar. Aber auch wenn der schon so lange andauernde Winter endlich aufhört, wird der Wohnungsbau nicht zu beleben sein, wenn nicht aus der Wohnungswirtschaft selbst schnell fließende Mittel gewonnen werden. Aus den Bodenlohn ist nichts dafür zu erwarten, die Sparen sprechen, das Vertrauen der Hypothekengläubiger, die alles verloren haben, wird so leicht nicht wiedergewonnen werden. Die Weizensteuer würde ja helfen können, wenn die 600 Goldmarken für den Wohnungsbau Verwendung finden; aber dafür besteht kaum eine Wahrscheinlichkeit. Es muß also auf anderem Wege das Geld beschafft werden. Benutzungs oder sollte das Haus die Ausführanträge annehmen. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Frau Wehe (S.) erklärt, auch bei der Behebung der Bauwirtschaft müsse man zuerst an das besetzte Gebiet denken. Die Rednerin richtet einen Appell an Frankreich und die ganze Welt, die Verhältnisse im besetzten Gebiet zu ändern.

Abg. Sonnenstein (Dn.) beglückwünscht es als erste Pflicht der Staatsregierung, für die Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten und die dazu erforderlichen Kredite zu sorgen.

Abg. Engberding (D. Sp.) wendet sich scharf gegen die Rede des Ministers Seering in Münster, in der dieser dem Arbeitgebern Rücksichtlosigkeit vorgeworfen habe. Herr Seering wolle sich als parlamentarischer Minister von Agitationen lösen befreien können. (Lärm, Zwischenrufe b. d. Soz. — Zurufe b. d. D. Sp.: Fort mit Seering!)

Abg. Ribbel (Dem.): Den Erwerbslosen ist nur durch Beschaffung von Arbeitsmöglichkeiten zu helfen. Im besetzten Gebiet hat die französisch-belgische Regie unter Eisenbahnen in Grund und Boden ruiniert und das ganze Wirtschaftsleben dort fast vernichtet; deshalb die besonders große Notlage der Erwerbslosen an Rhein und Ruhr.

Nach weiteren Ausführungen der Abg. Frau Geffe (Komm.) und Dr. Wesser (D. Sp.) wendet sich Abg. Limberg (Soz.) gegen die Behauptung, daß die Arbeiterhaft gegen zehn Stunden arbeiten würde, wenn die Gewerkschaften nicht wären. Der Redner verteidigt die Behauptungen des Minister Seering. Das Kalorienvermögen sei jetzt so hoch und unerschöpflich wie nie vorher (während die ärmsten Unterbrechungen b. d. Komm.). Systematisch würden die Goldlöcher abgebaut und die Arbeitszeit erhöht. Alles treibe einer Katastrophe im Ruhrgebiet zu. Die „Industrieaplaner“ seien aber jedes Verständnis vermissen für die schlimme Gestaltung der Dinge.

Staatssekretär Dr. Schmidt weist auf die Ruhebeziehung und die außerordentliche Kreditnot hin; beides bedrückt gewaltig auf die Lösung des Erwerbslosenproblems und hindere die Schaffung neuer Arbeitsmöglichkeiten, ohne die das Problem nicht gelöst werden könne. Eine freie Wirtschaft im Wohnungsbau könne zuerst nicht eintreten. Eine prinzipiell wirtschaftliche Bauwirtschaft sei heute am stärksten der Kreditnot einfach unmöglich. (Zurufe rechts.) Der Wohnungsminister beabsichtige, Sachverständige zu hören über die Mittel zur Behebung der Bauwirtschaft.

Nach kurzen Ausführungen der Abg. Jant (S.) und Engberding (D. Sp.) vertagt sich das Haus auf Donnerstag 1 Uhr: Wohnungsverordnungen. Keine Vorlagen. Schluß 3 Uhr 45 Min.

Die Erwerbslosenfrage im Landtag.

Die Abkündigung der an anderer Stelle bereits gemeldeten Diätenerhöhung für die Mitglieder und den Präsidenten des Staatsrats nahm der Landtag in seiner gestrigen Sitzung einen Antrag des Untersuchungsausschusses auf Unterstützung von Privatschulen an. Danach soll das Staatsministerium ersucht werden, die Staatsmittel zur Unterstützung der Privatschulen aufrechtzuerhalten, soweit es die Finanzlage des Staates gestattet, sowie bei Bemessung der Unterstützungen darauf Bedacht zu nehmen, daß die Verhältnisse der Lehrkräfte der Privatschulen sowie deren Alters- und Hinterbliebenenversorgung den Verhältnissen der öffentlichen Schulen angepaßt werden.

Das Haus geht über zur gemeinsamen Beratung der Anträge über Unterstützung der Erwerbslosen, Aufhebung des Reichsmietengesetzes, über Behebung der Wohnungsnot, Förderung der privaten Bauwirtschaft usw.

Der Hauptausschuß, für den

Abg. Meyer-Solingen (Soz.)

berichtet, empfiehlt die Annahme der Anträge in einer abgeänderten und ergänzten Fassung, wonach das Staatsministerium ersucht werden soll, der Arbeitslosigkeit und der großen Not der Erwerbslosen besondere Aufmerksamkeit zu schenken und die Behebung der Wirtschaft

mit allen Mitteln zu fördern. Im weitesten soll neben dem Unterstützungsgesetz für Hilfsarbeit bei Reparatur der tariflichen Lohn gezahlt werden, die allmähliche Zurückführung überschüssiger Arbeitskräfte im besetzten Gebiet mit dem Ziele der Ansiedlung auf dem Lande erfolgen, die planmäßige Erstellung von Kleinwohnungen durch aus der Wohnungswirtschaft zu geminnende, schnell fließende Mittel ermöglicht werden, soll die Fortvermittlung Bauhölzer zu ermäßigten Preisen zur Förderung der Bauwirtschaft im besetzten Gebiet liefern, die Erhöhung der Wohnungsmieten auf den Stand der Friedensmieten verhindert und die Mietsteuer, wenn ihre Erhebung nicht mehr gehindert werden kann, mit zur Durchführung eines ausreichenden Wohnungsbauprogramms verwendet werden.

Abg. Hartwig (Soz.)

befürwortet einen Antrag seiner Fraktion, wonach die staatlichen Forstverwaltungen angewiesen werden sollen, zur Vinderung der Arbeitslosigkeit die erforderlichen Durchforstungsarbeiten ungesäumt anzufangen und die Regierungspräsidenten aufgegeben werden sollen, auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen betr. Behebung der dringenden Wohnungsnot die danach möglichen Geländeerwerbungsarbeiten usw. anzuordnen.

Nur 4 Pfennig kostet **MAGGI** Fleischbrüh - Würfel

Achtung auf den Namen **MAGGI** und die rotgelbe Packung.

Einfach mit kochendem Wasser übergossen, erhält man kräftige Fleischbrühe zum Trinken und Kochen, zum Verbessern oder Verlängern von Suppen und Soßen aller Art.



BORG ZIGARETTEN
FÜR
QUALITÄTSRAUCHER

M. SCHULMEISTER
Hochbahnstation Kottbuser Tor
Einsegnungs-Anzüge
von Um. 20.- bis 48.-
Prüfungs-Anzüge
von Um. 17.- an

Mofasan
Der gesunde Genuss

